



European Parliament
**FORMER MEMBERS
ASSOCIATION**

BULLETIN N°82

März 2023



FMA SECRETERIAT

ANTALL 02Q73
EUROPEAN PARLIAMENT
B-1047 BRUSSELS
TEL : +322.284.07.03 FAX : +332.284.09.89
E-MAIL : FORMERMEMBERS@EUROPARL.EUROPA.EU



INHALTSVERZEICHNIS

1 Botschaft des Präsidenten

2 Nachrichten



Botschaft des Präsidenten

Sehr geehrtes Mitglied,

Wir begannen das Jahr mit der Abhaltung einer außerordentlichen Generalversammlung am 2. Februar zur Überarbeitung der Satzung des VEM. Ich möchte allen Mitgliedern des Vereins danken, die persönlich oder bevollmächtigt gestimmt haben, was zur einstimmigen Annahme der Änderungsanträge geführt hat.

Die Teilnahme der Mitglieder des Vereins an der außerordentlichen Generalversammlung und ihre zahlreichen Beiträge, die sowohl persönlich als auch online geleistet wurden, zeigten erneut die große Vitalität unseres Vereins. Wir erleben eine schwierige Zeit, in der das Europäische Parlament auf große Herausforderungen reagieren muss, um das starke Vertrauen der europäischen Bürger zu bewahren.

Viele Kollegen schrieben mir, um ihre Wut über die jüngsten Enthüllungen auszudrücken. Sie fühlten sich beleidigt und verletzt und äußerten Trauer über die Beleidigung, die einige der höchsten demokratischen Institution unseres Kontinents angetan hatten. Wir alle teilen diese Gefühle und verurteilen das schändliche Verhalten, das das Ansehen des Europäischen Parlaments beeinträchtigt und die Ehre derjenigen verletzt, die das Privileg hatten, Teil davon zu sein.

Das schwerwiegende Fehlverhalten eines ehemaligen MdEP – Mitglied unseres Vereins und seines Verwaltungsausschusses – darf dem Ruf des Vereins nicht schaden und einen Schatten über die Ehre all derjenigen werfen, die der Institution gedient haben. Der Vorstand hat daher beschlossen, Artikel 6 der Satzung des Vereins anzuwenden, um den Ausschluss des Vereinsmitglieds Pier Antonio Panzeri vorzuschlagen, das seine Schuld einräumt. Die Abstimmung über diesen Vorschlag findet am 4. Mai in der Generalversammlung statt. Ich erwarte, dass alle Mitglieder des Vereins an diesem Treffen von großer symbolischer Bedeutung teilnehmen.

Präsidentin des Europäischen Parlaments, Roberta Metsola, gerichtet habe:
„Unser Verein steht gegen alle Arten von Korruption und illegalem Verhalten und hat stets die Richtigkeit des Verhaltens der ehemaligen MdEP überwacht, wie in seinem Statut berichtet.

In diesem beunruhigenden Moment drücken wir unsere uneingeschränkte Unterstützung für die Maßnahmen aus, die Sie gegen Korruption beworben haben, aber wenn die Informationen bestätigt werden, bitten wir Sie, den Vorschlag zu überdenken, die durch einen Tagespass ersetzten dauerhaften Zugangsausweise für ehemalige MdEP abzuschaffen.

Die Achtung der europäischen Werte und Grundsätze steht im Mittelpunkt unserer Tätigkeit, die darauf abzielt, die Arbeit des Europäischen Parlaments zu stärken, die parlamentarische Demokratie zu stärken und die europäische Einheit zu dienen. Ehemalige MdEP sind wahre Freunde des Europäischen Parlaments, die zu den Entscheidungen beigetragen haben, die während ihres parlamentarischen Mandats zum Aufbau der derzeitigen Union geführt haben, und ihre Unterstützung und Beratung ist und wird in den kommenden Monaten und Jahren unerlässlich sein, um „zur Wiederherstellung des Vertrauens und zur Zusammenarbeit bei der Führung der Europäischen Union beizutragen“.

Wir werden unsere Arbeit im Verein mit Leidenschaft und Entschlossenheit fortsetzen. Während wir dies tun, werden wir auch die Erinnerung an diejenigen würdigen, die vor uns gegangen sind.

Der erste Teil des Jahres brachte große Traurigkeit mit dem Tod von José María Gil-Robles Gil-Delgado, einem ehemaligen Präsidenten des Europäischen Parlaments und unseres Vereins. Wir erinnern uns an ihn als lieber Kollege und engagierter Präsident und Mitglied, der seit seiner Gründung zum guten Ruf des Vereins und zum Erfolg seiner Programme und Aktivitäten beigetragen hat. In dieser Ausgabe finden Sie Anerkennungen zu Ehren seines Andenkens und des ehemaligen Präsidenten des Europäischen Parlaments und des VEM-Ehrenpräsidenten Lord Henry Plumb, der letztes Jahr verstorben ist.

Unser jährlicher Gedenkgottesdienst findet am 3. Mai statt. Nach dem Dienst werden wir uns zu unserer Dinner-Debatte mit unserem Gastredner, Kommissar für Wirtschaft Paolo Gentiloni, versammeln. Dem Gedenkgottesdienst geht unser Librorum-Event voraus, bei dem der ehemalige EU-Parlament und VEM-Präsident Dr. Hans-Gert Pöttering die Biografie zu seinem Leben und Werk „Ein europäisches Gewissen“ präsentieren wird.

Nicht zuletzt werden wir am 4. Mai 2023 unsere jährliche Generalversammlung abhalten, auf die ein Mittagessen folgt, das von unserem Verband veranstaltet wird. Am 2. März wurde allen Mitgliedern des Vereins per E-Mail ein Aufforderungsschreiben übermittelt, wobei das Sekretariat die Mitteilung nur dann per Post übermittelt hat, wenn es ausdrücklich darum ersucht wird.

Vom 30. bis 31. März wird der VEM Stockholm anlässlich des schwedischen EU-Ratsvorsitzes besuchen. Als Delegationsleiter freue ich mich, dass so viele von Ihnen an diesem Besuch interessiert sind.

Am 16. Juni wird der VEM eine hybride hochrangige Veranstaltung mit dem Titel „Kann die EU aus Erfahrungen lernen?“ mitorganisieren. Unsere Partner für diese Veranstaltung sind das Historische Archiv der Europäischen Union und das Erasmus+-Programm der Kommission. Ich lade Sie ein, das Datum in Ihrem Tagebuch zu speichern; weitere Informationen erhalten Sie in Kürze per E-Mail.

Diese Märzausgabe des Bulletins widmet sich der europäischen Resilienz. In den letzten Jahren hat sich Europa durch den Klimawandel, die demografische Ungleichheit, die Migration, die Pandemie und zuletzt den Krieg in der Ukraine verändert. Diese Ereignisse zwingen uns, uns besser auf zukünftige Notfälle vorzubereiten. Verschiedene Experten werden das Thema in einer Reihe von Artikeln eingehend untersuchen. Ich möchte unseren ehemaligen Abgeordneten und allen, die zu dieser Ausgabe beigetragen haben, danken.

Ich freue mich auf Ihren Besuch auf unserer nächsten Generalversammlung am 4. Mai in Brüssel.

Mit meinen besten Grüßen,

A handwritten signature in black ink, reading 'Klaus Hänsch'. The script is cursive and fluid, with the first name 'Klaus' and the last name 'Hänsch' clearly distinguishable.

Dr. Klaus Hänsch
Präsident des VEM

BERUFSETHOS IM PARLAMENT

Auf der letzten Plenartagung in Straßburg im vergangenen Jahr hat das Europäische Parlament eine Entschließung zum Korruptionsverdacht gegen Katar und zu der Notwendigkeit von Transparenz und Rechenschaftspflicht in den Organen der EU angenommen und so auf die entsprechenden Vorwürfe mit sofortigen Änderungen reagiert, einschließlich Maßnahmen, um etwaige Schlupflöcher in den geltenden Vorschriften zu beseitigen. Am 19. Januar dieses Jahres wurde eine Entschließung zur Lage in Marokko angenommen, in der die Anwendung derselben Maßnahmen gefordert wird, die auch für die Vertreter Katars gelten, und zugesagt wurde, Korruptionsfälle, an denen Drittländer beteiligt sind, gründlich zu untersuchen und dagegen vorzugehen.

Das Parlament spielt bei der Förderung von Transparenz und Ethik im Zusammenhang mit Lobbytätigkeiten eine Vorreiterrolle unter den europäischen Organen.

Bereits 1989 erließ der damalige Präsident Enrique Barón Crespo auf der Grundlage des Metten-Berichts eine erste Regelung, durch die Lobbyisten verpflichtet wurden, sich in ein öffentliches Register einzutragen, in den Räumlichkeiten des Europäischen Parlaments eine sichtbare Akkreditierung zu tragen, einen Verhaltenskodex einzuhalten, der die Verpflichtung umfasste, Informationen nicht unredlich einzuholen oder auszutauschen, und etwaige Beiträge an die Mitglieder des Europäischen Parlaments oder ihre Assistenten zu deklarieren. Die Sanktion für die Nichteinhaltung war der Verlust der Akkreditierung oder öffentliche Kritik.

Es ist bekannt, dass die EU-Organe mit zahlreichen Gruppen und Organisationen interagieren, die spezifische Interessen vertreten und Lobbytätigkeiten nachgehen. Dies ist ein rechtmäßiger und notwendiger Teil des Entscheidungsfindungsprozesses, um sicherzustellen, dass die politischen Maßnahmen der Europäischen Union den wahren Bedürfnissen der Menschen in der Union gerecht werden.

Die partizipative Demokratie ist nunmehr integraler Bestandteil des europäischen Gesellschaftsmodells, wie es im Vertrag von Lissabon verankert ist, der in den Artikeln 10 und 11 die Komplementarität zwischen repräsentativer Demokratie und partizipativer Demokratie festschreibt.

Somit ist die Beteiligung ein Recht der Bürgerinnen und Bürger und die Subsidiarität einer der Pfeiler der partizipativen Demokratie. In Artikel 11 heißt es: „Die Organe geben den Bürgerinnen und Bürgern und den repräsentativen Verbänden in geeigneter Weise die Möglichkeit, ihre Ansichten in allen Bereichen des Handelns der Union öffentlich bekannt zu geben und auszutauschen. Die Organe pflegen einen offenen, transparenten und regelmäßigen Dialog mit den repräsentativen Verbänden und der Zivilgesellschaft.“

Die jüngste Debatte über die „Konferenz zur Zukunft Europas“ ist ein gutes Beispiel für einen innovativen partizipativen Prozess, der auf einem offenen Dialog zwischen Bürgerinnen und Bürgern und öffentlichen Einrichtungen beruht.

Daher hat der Katargate-Skandal, der die Glaubwürdigkeit des Europäischen Parlaments ernsthaft gefährdet, große Besorgnis hervorgerufen.

Wir alle sind uns voll und ganz bewusst, wie wichtig es ist, auf diese schwerwiegenden Vorfälle angemessen zu reagieren.

Der Verein der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments teilt die Auffassung, dass eine umfassende interne Untersuchung durchgeführt werden muss und weitere Maßnahmen ergriffen werden müssen, um ähnliche Fälle in Zukunft zu verhindern.

Der Vorschlag, ehemaligen MdEP den Zugangsausweis zu entziehen, wäre dagegen eine unterschiedslose Sanktion und eine schwere Beleidigung der Ehre von Politikern, die im Parlament und in den europäischen Institutionen eine wichtige Rolle gespielt haben und ihr Mandat gewissenhaft erfüllt haben. Ein Tagesausweis würde ehemalige MdEP zu bloßen Besuchern machen, wäre aber sicherlich keine Abschreckung gegen dubiose Geschäfte oder Treffen zwischen den Tätern von Korruption und den korrumpierten Personen. Mit den heute noch vorhandenen Telematikzugängen ist es unter anderem einfach, eine tägliche Kontrolle durchzuführen.

Als Italienerin und als stellvertretende Vorsitzende des Vereins der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments fühle ich persönlich mich durch diesen Vorschlag verletzt und frustriert; mein Sinn für Gerechtigkeit und Achtung der Würde bringt mich jedoch dazu, die Rechte und die Integrität derjenigen zu verteidigen, die wie wir beständig daran arbeiten, die Grundwerte Europas zu fördern.

Der Verein der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments wurde 2001 von Lord Henry Plumb gegründet, der ihr erster Präsident war, gefolgt von folgenden ehemaligen Präsidenten des Parlaments, der Reihe nach: José María Gil-Robles, Pat Cox, Enrique Barón Crespo, Hans-Gert Pöttering und schließlich derzeit Klaus Hänsch. Heute hat der Verein mehr als 700 Mitglieder, die sich beständig dafür einsetzen, die Grundsätze der Europäischen Union zu wahren und zu fördern, indem sie sich mit ihrer persönlichen Glaubwürdigkeit leidenschaftlich und begeistert für die zahlreichen Vereinsaktivitäten einsetzen. Die Teilnahme an Bildungsprogrammen an Schulen und Universitäten in der ganzen Welt (z. B. „EP to Campus“), an internationalen Konferenzen und Missionen wird sehr geschätzt. Mit ihrer Integrität und Erfahrung leisten die Mitglieder einen Beitrag zur europäischen Integration, auch durch das Verfassen von Büchern und Artikeln und die Förderung von Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeit des Europäischen Parlaments, zur Stärkung der parlamentarischen Demokratie und zur Förderung der europäischen Einheit.

Seit seiner Gründung hat sich unser Verein gegen alle Formen von Korruption und rechtswidrigem Verhalten ausgesprochen und darüber gewacht, dass das Verhalten ehemaliger MdEP korrekt ist, wie es in den Statuten und Vorschriften festgelegt ist, die immer eine „ethische Mauer“ gegen betrügerische Aktivitäten gebildet haben.

Ich bin der Ansicht, dass es von entscheidender Bedeutung ist, die Arbeit von Präsidentin Roberta Metsola zu unterstützen, die mit großer Kompetenz und Entschlossenheit umgehend reagiert hat, um den Ruf und die Autorität des Organs mit einer Reihe von Vorschlägen zu bewahren, die darauf abzielen, die Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung zu verstärken, für mehr Transparenz zu sorgen und insbesondere jegliche „Einmischung“ von Drittländern in die parlamentarische Tätigkeit zu verhindern.

Unser Verein hat unverzüglich seine Bereitschaft signalisiert, mit der Präsidentin zusammenzuarbeiten, da wir uns der Notwendigkeit bewusst waren, wie üblich faire und gemeinsame Entscheidungen zu treffen, insbesondere im Hinblick auf ehemalige MdEP, die wahre Freunde des Europäischen Parlaments sind und verantwortungsvoll dazu beitragen können, das Vertrauen unter den Bürgerinnen und Bürgern und den Medien wiederherzustellen.

Es wäre wichtig, zusammenzuarbeiten, um das „Berufsethos“ des Parlaments zu verbessern und zu vertiefen, das auf den ethischen Grundsätzen der Fairness, Unparteilichkeit, Ehrlichkeit und Transparenz beruht; dabei muss natürlich das Transparenzregister berücksichtigt werden, das vom Parlament zusammen mit dem Rat und der Kommission verwendet wird.

Ich teile die Besorgnis vieler Kolleginnen und Kollegen, dass jemand die im Laufe der Jahre unermüdlich geleistete Arbeit untergraben könnte, was auch die Programme und Projekte des Vereins sowie das Verhältnis gegenseitigen Vertrauens gefährdet, das im Parlament allmählich aufgebaut wurde und manchmal zu echten Freundschaften geführt hat.

Ich hoffe, dass über Emotionalität und journalistische Sensationsmeldungen hinaus Instrumente und Verfahren eingeführt werden können, die zu einer fairen und gemeinsamen Lösung führen, wobei Gerechtigkeit und Würde geachtet werden, um sicherzustellen, dass die Glaubwürdigkeit des Parlaments nicht noch stärker gefährdet wird und dass die Anschuldigungen, die gegen einige wenige erhoben werden, nicht diejenigen treffen, die hart arbeiten. Und dass, wie die Präsidentin Roberta Metsola bekräftigt hat, das Parlament von allen als „Leuchtturm der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit“ anerkannt wird.

Monica Baldi

DIE NICHT ERZÄHLTE GESCHICHTE

Der Aufruhr und die Sensationsgier der europäischen Medien im Zusammenhang mit „Katargate“ haben dem Europäischen Parlament (EP) und seinen in überwältigender Mehrheit hart arbeitenden, ehrlichen MdEP geschadet. Natürlich ist noch wenig über die Einzelheiten und die Inhaftierten bekannt, aber kaum jemand bezweifelt, dass die belgischen Behörden nur rein zufällig auf die Spitze des Eisbergs gestoßen sind. Das EP ist ein „Tatort“, und Presse und Fernsehen verunglimpfen die Institution und ihre MdEP in leichtfertiger Weise. Doch die reflexartige Abwehrreaktion, mit einem Bündel neuer Regelungen vor ihnen herumzuwedeln wie mit einem Kreuz vor einem Vampir, geht an der Sache vorbei. Seit über einem Vierteljahrhundert verfolgt das EP den Grundsatz, seine Verfahren und seine Arbeitsweise zu erklären und transparent zu machen. Auf dieser Grundlage ist ein Regelwerk entstanden, in dem anerkannt wird, dass Lobbyarbeit an sich nichts Unrechtes ist, sondern darauf ausgelegt ist, die Öffentlichkeit, Politiker und das Recht auf Interessenvertretung zu schützen.

Dieser Prozess wurde Anfang der 90er-Jahre von Marc Galle (S&D, Luxemburg), dem Vorsitzenden des Geschäftsordnungsausschusses, in Gang gesetzt. Als er 1994 zurücktrat, wurde ich Berichterstatter für den Initiativbericht über die Kontrolle und Registrierung von Lobbyisten. Schnell wurde klar, dass wir uns nicht vom großen Ganzen ablenken lassen sollten. Die Schlachten wurden in kleinen Gesprächsrunden geschlagen. Im Dschungel der Worte wurde darum gekämpft, in Richtlinien und Verordnungen Dezimalstellen, Punkte oder Kommas in Millionenwert einzufügen oder zu streichen. Letzten Endes wissen alle, dass die Kommission und der Rat über zwei Drittel der Änderungsanträge des EP vollständig oder teilweise akzeptiert haben. Um, wie erforderlich, im Detail nachvollziehen zu können, wo die Lobbyisten ein- und ausgehen, wurden ein Register und ein Jahrespass eingeführt. Ein Versuch, die „Großen und die Guten“ von Regelungen auszunehmen, wurde zurückgewiesen. Niemand, dessen Geschmacksknospen nicht völlig degeneriert sind, kam wegen des tollen belgischen Kaffees ins EP. Vielmehr kamen sie, um eine Agenda zu verkaufen, ob es sich nun um Greenpeace oder die Nuklearindustrie handelte.

Im Januar 1996 wurde ein erster Bericht zurück an den Ausschuss verwiesen, aber im Juli wurde dann eine verbesserte Fassung ohne eine einzige Gegenstimme vom Plenum angenommen. Es handelte sich um einen Regelungsrahmen, der gefüllt werden musste, was das Parlament dann auch tat, indem es im Mai 1997 einen Verhaltenskodex für Lobbyisten und eine Erklärung der finanziellen Interessen der Mitglieder hinzufügte. Im Folgenden befasste sich das Parlament formell wie informell mit den interfraktionellen Arbeitsgruppen. Es gab es kaum Widerstand gegen die Unterzeichnung der Erklärung der finanziellen Interessen der Mitglieder, die zunächst nur zur Einsicht und nicht zum Kopieren zur Verfügung stand, doch bald wurde von Stift und Notizbuch auf Kopierer und Website umgestellt. Durch diese Regeln und die laufenden Verbesserungen wurde die positive Bilanz des EP nur gestärkt. Von Anfang an lag der Fehler in einer Durchsetzung, durch die es wenigen ermöglicht wurde, ein schlechtes Licht auf die vielen zu werfen. Verantwortlich dafür waren Verwaltungen, die es reihenweise versäumten, zu handeln und Maßnahmen zu ergreifen.

Im Juli letzten Jahres schrieb ich in meinem Buch „Riding Two Horses; Labour in Europe“ (Spokesman): „Der Bereich, der nach wie vor unzureichend geregelt ist, ist die Rolle der Interessengruppen und interfraktionellen Arbeitsgruppen. Zwar ist nach Artikel 35 Absatz 4 eine jährliche Erklärung vorgesehen, allerdings wird gegen diesen Artikel häufiger verstoßen, als dass er eingehalten wird. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis es zu einem Skandal kommt.“ Das Parlament braucht keine neuen Regeln, vielmehr sollten die alten umgesetzt werden. Mit Regeln, die nicht durchgesetzt werden, erhält man keine Kontrolle, sondern schafft Schlupflöcher, die ausgenutzt werden können. Die Antwort liegt in der erforderlichen Transparenz, nicht in weiteren redundanten Regelungen.

Glyn Ford

VERLEIHUNG DES SACHAROW-PREISES IN FINSTEREN ZEITEN

Wie jedes Jahr hat das Europäische Parlament im Dezember den Sacharow-Preis verliehen. Im Jahr 2022 ging der Preis an alle Bürgerinnen und Bürger der Ukraine. Damit sollte der ganzen Welt vor Augen geführt werden, dass gerade ein Land seine Unabhängigkeit und die ureigensten Werte der Europäischen Union verteidigt. Bei dem Sacharow-Preis handelt es sich um die höchste europäische Auszeichnung für eine oder mehrere Personen, die an vorderster Front für die politischen Freiheiten und Grundrechte kämpfen. Der erste Sacharow-Preis wurde an Nelson Mandela verliehen, und seit 1988 reiht sich ein Name an den anderen, die alle in einem Atemzug mit der Verteidigung der Menschenrechte in unserer Zeit genannt werden.

Inzwischen ist der Sacharow-Preis nicht nur zu einem Symbol, sondern in seiner Gesamtheit auch zu einer mächtigen Waffe geworden.

Er ist ein Symbol, weil das Europäische Parlament damit in einem einzigen Akt alle die von ihm in der Europäischen Union und auf internationaler Ebene durchgeführten Maßnahmen zur entschlossenen Verteidigung der Grundwerte der EU zusammenfasst. Es sind die Werte, die in Artikel 2 EUV für alle Zeiten verankert sind, nämlich „Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und Wahrung der Menschenrechte“.

Der Sacharow-Preis ist jedoch auch eine Waffe, denn dadurch erhalten die Menschen, die sich für ihre Rechte und Freiheiten einsetzen, vor den Augen der ganzen Welt die notwendige Unterstützung durch das erste und einzige gewählte Parlament eines ganzen Kontinents.

Diese Tatsache wird von der nicht selten abgelenkten Öffentlichkeit oftmals nicht ausreichend zur Kenntnis genommen. Die Wirkmacht dieses Preises wird jedoch gleichzeitig von despotischen Regierungen gefürchtet.

Der Sacharow-Preis schafft es, geschlossene Grenzen und strenge Zensurmaßnahmen zu überwinden und öffentliche Meinungen und Stimmungen zu beeinflussen. Daher ist er eine Bedrohung für den Minimalkonsens, den selbst das repressivste Regime benötigt, um sich an der Macht halten zu können.

Dies ist auch der Grund, warum solche Regierungen mit allen Mitteln versuchen, auf die jährliche Wahl des Europäischen Parlaments Einfluss zu nehmen. Sie versuchen, um jeden Preis zu vermeiden, dass sie an den Pranger gestellt werden, zuweilen auch mit dem Mittel der Korruption. Dabei handelt es sich um eine eigenartige Form der Korruption, da sie in erster Linie nicht auf eine bestimmte gesetzgeberische Entscheidung oder einen wirtschaftlichen Vorteil abzielt. Sie entspringt der Furcht vor der moralischen Kraft eines Parlaments, das ungeachtet aller Defizite und Schwächen in seinen Reihen die eigentliche Stimme der europäischen demokratischen Kultur ist.

Es war in der Tat ein schrecklicher, wenngleich sehr lehrreicher Zufall, dass es gerade in den Tagen um den Sacharow-Preis 2022 herum zu äußerst beunruhigenden Vorfällen gekommen ist, deren strafrechtliche Verfolgung noch nicht abgeschlossen ist. Die Festveranstaltung wurde dadurch getrübt, denn es zogen dunkle Wolken auf. Aber im Moment der tiefsten Krise ist - wie schon immer in der Geschichte der europäischen Institutionen - ist gleichzeitig das Problem der besonderen Verantwortung eines Parlaments für seine eigene moralische Integrität offen zutage getreten, das weiterhin im Spannungsfeld Europas in Fragen der Freiheit ein Zeichen setzen möchte.

In dieser moralischen Frage ist das Parlament tatsächlich auf sich alleine gestellt, da es sich nicht mit den anderen Organen der EU vorher darüber verständigt, wer den Sacharow-Preis erhalten soll, wie es bei anderen Entscheidungsprozessen üblich ist. Die Entscheidung trifft das Parlament in dieser Angelegenheit ganz allein, und gerade dadurch wahrt es seine Unabhängigkeit, macht sich aber gleichzeitig auch angreifbar. Deshalb muss das Parlament seine eigenen Regeln aufstellen, um zu verhindern, dass seine Mitglieder in dieser Frage moralisch versagen.

Die entschlossene und rasche Suche nach präventiven Maßnahmen wird es zudem ermöglichen, den „Druck“ im Hinblick auf Rechte und Freiheiten weiterhin aufrechtzuerhalten, wofür der Sacharow-Preis das augenfälligste Symbol ist.

Andrea Manzella

EIN NEUANFANG FÜR DEN WESTBALKAN?

Der Krieg Russlands gegen die Ukraine ist für den Westbalkan mit „Kollateralnutzen“ einhergegangen. Infolge des Krieges und des Versprechens einer künftigen EU-Mitgliedschaft der Ukraine, der Republik Moldau und – auf unbestimmte Zeit – Georgiens wurden neue Initiativen für den EU-Beitrittsprozess des Westbalkans eingeleitet. Durch das Gipfeltreffen zum Berliner Prozess, die Annahme des Vorschlags zur EU-Erweiterung von Tonino Picula durch das Europäische Parlament am 23. November 2022 und das Gipfeltreffen EU-Westbalkan am 6. Dezember 2022 in Tirana – das erste in einem Westbalkanland – wurden starke Signale an die Region gesendet. Mit konkreten Schritten wurde den allgemeinen Erklärungen mehr Substanz verliehen. Dazu gehören das Abkommen zur Verbesserung der Freizügigkeit zwischen den Ländern der Region, das auf dem Gipfeltreffen zum Berliner Prozess verkündet wurde, sowie das Energieförderpaket und die in Tirana erklärte Bereitschaft, dem Kosovo endlich die versprochene Visa liberalisierung zuzugestehen.

19 Jahre nach dem Gipfel von Thessaloniki, auf dem den Ländern des Westbalkans die Perspektive auf den EU-Beitritt eröffnet wurde, sind wenig konkrete Fortschritte erzielt worden. Nachdem jahrelang versäumt wurde, sich ernsthaft mit dem Beitritt der Länder zwischen Kroatien und Griechenland zu befassen, trägt die EU dazu bei, neue Hoffnungen aufkeimen zu lassen. Dieser Wandel beruht zum Teil auf den derzeitigen Schwierigkeiten in der Region, insbesondere durch den andauernden Krieg und seine wirtschaftlichen und sozialen Folgen. Wie aus einer Analyse des Wiener Instituts für Internationale Wirtschaftsvergleiche hervorgeht, hat die Inflation infolge der steigenden Energie- und Lebensmittelpreise auf die ärmeren Regionen des Westbalkans besonders starke Auswirkungen. Durch diesen Trend wird die Abwanderung aus der Region wahrscheinlich noch zunehmen. Daher ist das Energieförderpaket der EU eine dringende soziale und wirtschaftliche Maßnahme, um die Armut abzumildern und die Abwanderung aus der Region zu verringern. Allerdings muss auch darauf hingewiesen werden, dass – wie in einer anderen Studie des Wiener Instituts gezeigt – die finanzielle Unterstützung der EU für den Westbalkan nach wie vor weit hinter der Unterstützung zurückbleibt, die den Ländern Osteuropas in ihrer Zeit als Beitrittskandidaten gewährt wurde.

Durch die Erklärung von Tirana im Anschluss an das Gipfeltreffen EU-Westbalkan sowie die Annahme des Vorschlags von Tonino Picula wird bekräftigt, dass die Hemmnisse für die Versöhnung und die regionale Zusammenarbeit überwunden werden müssen. Es gibt in der Region noch zu viele Kräfte, die nationalistischen Gesinnungen und Vorurteilen anhängen, ein Umstand, dem die Kommission zu wenig Beachtung schenkt. Das Europäische Parlament fordert zurecht von den Ländern selbst mehr Engagement für die Förderung des „demokratischen und wirtschaftlichen Übergangs“ der Region. Aber ebenso fordert es vom Europäischen Rat und der Kommission eine Verbesserung ihrer Erweiterungsstrategie. Insbesondere schlug das Europäische Parlament einen schrittweisen Prozess in Kombination mit weiteren Initiativen vor, damit die verschiedenen Bedingungen auf dem Weg zur vollständigen EU-Mitgliedschaft erfüllt werden.

Mit einem derartigen schrittweisen Beitritt – oder stufenweisen Beitritt, wie er im Rahmen eines gemeinsam von Instituten in Brüssel und Belgrad entwickelten Forschungsprojekts bezeichnet wird – würde der Stillstand im Erweiterungsprozess überwunden. Ein Prozess dieser Art könnte auch für den letztendlichen Beitritt der Ukraine, der Republik Moldau und Georgiens hilfreich sein. Darüber hinaus würde die EU dadurch Zeit erhalten, um sich auf diese Erweiterung vorzubereiten. Bei allem Respekt für die Leistungen der EU im Zuge der COVID-19-Krise und des Kriegs in der Ukraine müssen die Bewerberländer und die EU selbst die notwendigen Reformen intensivieren, um sich auf die anstehende Erweiterung vorzubereiten. Zudem wird durch die Beschlüsse und Erklärungen des Europäischen Rates und des Europäischen Parlaments deutlich, dass die neu eingeführte Europa-Konferenz kein Ersatz für eine umsichtig erweiterte EU ist.

Hannes Swoboda

ÄRZTIN UND BOTSCHAFTERIN GENUAS IN DER WELT

Marco Bucci, der Bürgermeister Genuas, hat mich zur Botschafterin Genuas in der Welt ernannt. Dafür bin ich ihm sehr dankbar und darauf bin ich wirklich stolz. Die Ärztekammer Genuas verfügt bereits über eine Internationale Gesundheitskommission, der ich die Ehre habe anzugehören. Ich habe mich gefragt: Warum wurde mir diese Anerkennung zuteil, die auch eine große Herausforderung bedeutet?

Ich denke, weil ich in den vergangenen acht Jahren von New York aus, wo ich lebe, bzw. von den USA aus, wo ich meine Karriere als Ärztin und meine Arbeit als Universitätsdozentin begonnen habe, die Meere der Welt durchquert habe. Italien ist das Land mit einer der weltweit besten Traditionen sowohl in der Schifffahrt als auch im Handel und beim Militär. Die Kreuzfahrtbranche und der Verkehr zwischen den Inseln sind entscheidend für den wirtschaftlichen Aufschwung Italiens und werden immer mehr entsprechend ausgebildete Fachkräfte benötigen. Reeder, Fahrgäste und Besatzung verdienen die bestmögliche ärztliche Versorgung, wie sie auch allen anderen technischen Fachkräften zusteht. Dass das medizinische Personal an Bord von Schiffen angemessen ausgestattet und vorbereitet sein muss, ist heutzutage notwendiger denn je, wie sich anhand der gesundheitlichen Probleme im Zuge der aktuellen COVID-19-Pandemie gezeigt hat, die zu neuen Vorschriften und einem Bedarf an medizinischem Fachpersonal in den Bereichen Erste Hilfe, Hygiene und Prävention geführt haben. Nach diesen Vorbemerkungen stellt sich nur eine einzige Frage:

Warum fehlen in Italien und ein wenig auch in ganz Europa im Gegensatz zu anderen Ländern Schiffsärztinnen und -ärzte?

Ein Grund dafür ist sicher der, den Sabino Cassese in seinem Buch mit dem Titel „Lo Stato Introvabile“ (Der unauffindbare Staat) ganz offen benennt. Er erläutert, wie in unserem Land „stürzende Regierungen, schlecht eingesetztes Personal und byzantinische Verfahren“ eine Angleichung an das Niveau vieler anderer Länder blockiert haben.

Die IMO (Internationale Seeschiffahrtsorganisation), IAO (Internationale Arbeitsorganisation) und WHO (Weltgesundheitsorganisation) haben gemeinsame Protokolle zu diesen Themen unterzeichnet, zu deren Einhaltung alle Vertragsstaaten angehalten sind.

Hauptziel ist es, kritischen Patientinnen und Patienten in Situationen mit wenig oder nur mäßigen medizinischen Ressourcen und in abgelegenen Umgebungen, wie es auf einem Schiff der Fall sein kann, den bestmöglichen Schutz zuteilwerden zu lassen.

In meinem neuen Amt als Botschafterin Genuas in der Welt, das zu dem der Beraterin von Assarmatori (Verband der Schiffseigner) hinzukommt, und mit meiner Erfahrung als Europaabgeordnete werde ich darauf hinarbeiten, dass Genua wieder stolz sein kann, auch in der Schiffsmedizin, indem internationale Vereinbarungen unterzeichnet und entsprechende Weiterbildungen gefördert werden. Ich werde versuchen, die zahlreichen ehemaligen Europaabgeordneten zu kontaktieren, die ebenfalls aus der Medizin kommen, um über den Verein der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments ein starkes Netzwerk aufzubauen, damit die Schiffsmedizin gemeinsam auf einen hohen europäischen Standard gebracht wird. Es gibt in der Tat viele Mitgliedstaaten, die über wichtige Flotten in der Kreuzfahrtbranche und im Seeverkehr verfügen. Es würde mir große Freude bereiten, eine Europäische Hochschule für Maritime Medizin zu gründen, an der entsprechendes medizinisches Personal ausgebildet wird.

Marco Bucci, der Bürgermeister von Genua, wurde wie ich in den USA ausgebildet und ist weithin für seine Dynamik und seine Kompetenz bekannt. In diesem Jahr wird die berühmte Segelregatta Ocean Race, die im spanischen Alicante startet, im Juni in Genua enden, nachdem die Teilnehmenden sechs Monate lang um die halbe Welt gesegelt sind.

Ich wünsche mir, dass unser Verband mir zur Seite stehen und mir mehr als die Rolle der Botschafterin Genuas in der Welt geben kann, indem er mir „frischen Wind“ verschafft, was Professionalität und Verdienste auch in der Schifffahrt angeht, und folglich alle Schiffe, ihre Besatzungen und Fahrgäste erreicht, die es verdienen, sich bester Gesundheit zu erfreuen.

Isabella De Martini

FRAUEN IN FÜHRUNGSGREMIEN – Regelung per Gesetz oder Förderung?

Am 22. November 2022 verabschiedete das Europäische Parlament die neue EU-Richtlinie über eine ausgewogenere Vertretung von Frauen und Männern in Vorständen und Aufsichtsräten – bis 2026 müssen 33 % der Unternehmensleitungspositionen von Frauen besetzt werden. Diese Forderung wurde erstmals 2009 erhoben, als ich Mitglied des Parlaments war. Dieser gesetzgeberische Ansatz kann zu einer Geringachtung der Leistung von Frauen im Beruf führen.

Es ist allgemeiner Konsens, dass eine große Vielfalt in Führungsgremien von Unternehmen und in der Wirtschaft insgesamt anzustreben ist. Die wirtschaftlichen Vorteile, die diese Vielfalt mit sich bringt, bestätigen dies. Es wurde auch auf die spezifischen Vorteile hingewiesen, die eine stärkere Vertretung von Frauen auf allen Ebenen der Wirtschaft und in Führungsgremien mit sich bringt. Es stellt sich jedoch die Frage, welcher Weg eingeschlagen werden sollte, um dieses Ziel zu erreichen.

Per Gesetz eingeführte Quoten bekämpfen die Symptome, setzen jedoch nicht an den Ursachen an. Dies kann nur geschehen, indem der Weg für mehr Frauen in Führungsgremien und auf allen beruflichen Ebenen frei gemacht wird. Der Wille der Frauen und die Unterstützung der Männer auf diesem Weg sind von entscheidender Bedeutung. Der Weg muss schon mit der Geburt und mit der Gleichstellung der Geschlechter beginnen. Bildung spielt eine wichtige Rolle, und Frauen müssen gefördert und unterstützt werden, ganz gleich, welchen Weg sie einschlagen. Zu berücksichtigen ist auch, dass sich der Weg in den verschiedenen Lebensphasen ändert. So könnten sich Frauen beispielsweise für eine Unterbrechung der Berufstätigkeit entscheiden und sich mehr Zeit für die Kindererziehung nehmen, um dann wieder voll ins Berufsleben einzusteigen. Welcher Weg auch immer gewählt wird, er muss unterstützt werden und frei und ohne Hemmnisse sein.

Die Gesetzgebung, wie z. B. eine Quotenregelung, hängt sehr stark von der gesellschaftlichen Entwicklung der Mitgliedstaaten ab. Einige Mitgliedstaaten sind bei der Gleichstellung der Geschlechter weit fortgeschritten und arbeiten seit Jahrzehnten darauf hin, andere sind weniger weit. In jedem Fall liegt dies in der Zuständigkeit der Mitgliedstaaten und sollte nicht auf EU-Ebene gesetzlich geregelt werden.

Manche Mitgliedstaaten möchten vielleicht andere Instrumente entwickeln, um die Geschlechtergleichstellung voranzutreiben, und wieder andere bevorzugen temporäre Maßnahmen. Alle haben das Recht, den Weg zu beschreiten, der für ihre wirtschaftliche und gesellschaftliche Struktur am besten geeignet ist.

Die EU kann beratend tätig sein, bewährte Verfahren teilen und die Debatte über die Vorteile der stärkeren Vertretung von Frauen in der Wirtschaft anstoßen. Mit einer Veränderung des Familienlebens, des Familienmodells und der Rolle beider Geschlechter im Haushalt gibt es eine natürliche Entwicklung, die zu einer größeren Gleichstellung der Geschlechter führen wird. Die Mitglieder von Führungsgremien sollten aufgrund ihrer Verdienste ernannt werden. Eine gesetzliche Quotenregelung für Frauen würde die Frauen, die entsprechende Positionen aufgrund ihrer Verdienste erreichen, gering achten. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Führungsgremien von Unternehmen durch eine auf Leistung beruhende Vielschichtigkeit ihrer Mitglieder gekennzeichnet sein sollten. Sollte ein Mitgliedstaat aus ihm eigenen Gründen Quoten einführen wollen, sei es für eine bestimmte Zeit oder für bestimmte Funktionen, so ist dies seine eigene Entscheidung und keine, die auf EU-Ebene getroffen werden sollte.

Wir sind verpflichtet, Frauen auf dem von ihnen gewählten Weg zu unterstützen, ihnen die Türen zu öffnen, durch Bildung, Mentoring und Vorbilder. Wir haben bewiesen, dass auf Freiwilligkeit beruhende Methoden funktionieren, wie der 30 %-Club im Vereinigten Königreich gezeigt hat. Dieser Ansatz überzeugt die Unternehmen mit Argumenten und entwickelt ein gemeinsames Fundament auf der Grundlage von Respekt und Leistung, um die Vielfalt zu steigern. Quoten wirken sich nur negativ auf diese Entwicklung aus und führen zu einer Geringachtung der Leistung von Frauen im Beruf.

Ich habe eine Enkelin, die am 8. März, dem internationalen Frauentag, geboren wurde. Ihre Mutter ist Finanzvorstand einer Aktiengesellschaft, eine Position, die sie durch Leistung erreicht hat. Es würde mir überhaupt nicht behagen, wenn meine Enkelin, die die nächste Generation von Frauen repräsentiert, aufgrund von EU-Rechtsvorschriften einen Alibi-Posten in einem Vorstand bekäme. Wie ihre Mutter wird sie alles erreichen, was sie sich wünscht, wenn wir die Hindernisse aus dem Weg räumen, die Frauen in ihren Ambitionen beschränken.

Marina Yannakoudakis

DER BRITISCHE BEITRAG ZUM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

Viele haben getrauert, als der beliebte Politiker Henry Plumb, der einzige britische Präsident des Europäischen Parlaments, letztes Jahr gestorben ist. Er war mein politischer Mentor, da es historische Verbindungen zwischen unseren Familien im Herzen Englands gibt. Später durfte ich von 2004 bis 2014 letzter und gleichzeitig einer der dienstältesten stellvertretenden britischen Präsidenten sein: allein David Martin bekleidete dieses Amt noch länger, von 1989 bis 2004.

Für mich, der in den 60er-Jahren als liberal denkender Jugendlicher zunächst von einem rechtmäßig gewählten Europäischen Parlament träumte, dann in den 70er-Jahren für eine britische Beteiligung an diesem Parlament kämpfte und sich 2019 im Rahmen der „People’s Vote“-Kampagne entschieden für die Abhaltung eines weiteren Referendums zur Aufhebung des desaströsen und stark umstrittenen Referendums aus dem Jahr 2016, bei dem der EU-Austritt des Vereinigten Königreichs beschlossen wurde, eingesetzt hat, ist es bewegend, über dieses Thema zu schreiben. Da ich diesen Artikel schreibe, wird man sich im Vereinigten Königreich gerade bewusst, welche katastrophale wirtschaftliche und soziale Folgen der Brexit hat: Umfragen zufolge sind nun 65 % gegen den Brexit.

Nach Churchills inspirierenden Reden – er sprach von „einer Art Vereinigte Staaten von Europa“ – waren die britischen Beziehungen zur kontinentalen Politik zunächst von der Entstehung einer britischen nationalistischen Rechten geprägt, die gegen eine Mitgliedschaft des Vereinigten Königreichs in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) war. Diese Bewegung wurde von Enoch Powell angeführt. Es gab aber auch eine nationalistische Linke, angeführt von Michael Foot. Eine der ersten MdEP der Labour Party war die zutiefst euroskeptische Barbara Castle.

Letztlich trat das Vereinigte Königreich 1973 unter Harold Macmillan, einem überzeugten Internationalisten, dem gemeinsamen Markt bei. Dann, nach den von Premierminister Harold Wilson geführten Neuverhandlungen, stimmte das Land 1975 in einem Referendum mit 67 % zu 33 % für einen Verbleib in der EWG – ein Abstimmungsergebnis, das nicht weit entfernt ist von den 65 % der Briten, die sich heute gegen den Brexit aussprechen.

Geht das so weiter, dürfte es auch in Brüssel keinen Zweifel mehr geben, dass das Vereinigte Königreich den Brexit wirklich bereut.

Ein kürzlich erschienenenes Buch zweier hochrangiger Mitarbeiter des Europäischen Parlaments, Dianne Hayter, ehemalige Generalsekretärin der sozialdemokratischen Fraktion, und David Harley, ehemaliger stellvertretender Generalsekretär des Parlaments, mit dem Titel *The Forgotten Tribe: British MEPs 1979 – 2020* ist eine Sammlung von Erinnerungen der bzw. an die 351 britischen MdEP sowie eine umfassende Dokumentation ihrer politischen Überzeugungen und Amtszeiten. Im Buch wird der Beitrag der britischen MdEP und britischer Mitarbeiter hervorgehoben, wie etwa der Beitrag von Malcolm Harbour zur Schaffung des Binnenmarkts; der Beitrag von Ken Collins zur Umweltpolitik; das verfassungsrechtliche Genie des Richard Corbett; mein mit 1,1 Mrd. EUR ausgestattetes Programm zur Förderung von Menschenrechten und Demokratie (das weltweit umfangreichste Förderprogramm) und Nicholas Bethells Beitrag zum Erweiterungsprozess unter Einbeziehung von Mittel- und Osteuropa.

In einem Anhang zu „Parteiwechslern“ wird darüber berichtet, wie ich mit meiner Wiederwahl zum ersten unabhängigen stellvertretenden Präsidenten gegen den schicksalhaften Bruch der Conservative Party mit der EVP im Jahr 2009 protestiert habe. Dieser Bruch ging mit der Entstehung eines unnachgiebigen, über den Missbrauch von EU-Mitteln finanzierten Euroskeptizismus einher, an dessen Spitze einige MdEP der Conservative Party und Nigel Farage von der UKIP standen. Solange er nicht durch ein weiteres Referendum im Vereinigten Königreich revidiert wird, bleibt eben dieser Beitrag, den Nigel Farage geleistet hat, der bislang negativste britische Beitrag zur Demokratie in der EU: der Brexit.

Das Buch schließt mit den Worten: „In einer düsteren Ironie der Geschichte endete die Mitgliedschaft des Vereinigten Königreichs zu einer Zeit der erneuten Unsicherheit in Europa, einer Zeit, in der die Zusammenarbeit und ihre Vorteile wichtiger denn je waren. Welche weiter reichenden Lehren lassen sich aus dem Beitrag, den diese MdEP geleistet haben, für die Rolle des Vereinigten Königreichs in Europa ziehen? Die Zukunft wird es zeigen.“

Edward McMillan-Scott

DANKGOTTESDIENST FÜR DAS LEBEN UND WIRKEN VON LORD HENRY PLUMB

Rede von Professor Dr. Hans-Gert Pöttering, Präsident des Europäischen Parlaments 2007-2009, auf dem Dankgottesdienst für das Leben und Werk von Lord Plumb am 28. November 2022 in der St. Margaret's Church, Westminster Abbey

Ich danke Ihnen für die Gelegenheit, heute im Namen der vielen hundert Mitglieder des Europäischen Parlaments zu sprechen, die über viele Jahre mit Henry Plumb zusammengearbeitet und ihn geschätzt haben und für die er nicht nur ein Kollege, sondern auch ein Freund war.

Im Namen der Präsidentin des Europäischen Parlaments, Roberta Metsola, und des Vorsitzenden unseres Vereins der ehemaligen Mitglieder, Klaus Hänsch, möchte ich meine tiefe persönliche Wertschätzung für Henry zum Ausdruck bringen und seiner Familie und seinen Freunden mein Mitgefühl und mein Beileid aussprechen.

Mit Henry, Lord Plumb, dem einzigen britischen Präsidenten des Europäischen Parlaments, haben wir einen britischen Patrioten und leidenschaftlichen Europäer verloren. Mit einer klugen Mischung aus Enthusiasmus und Pragmatismus setzte sich Henry stets für ein starkes Vereinigtes Königreich in einer starken Europäischen Union ein. Als Mitglied des Europäischen Parlaments von 1979, der ersten Direktwahl, bis 1999 diente er Europa im besten Sinne des Wortes in all seinen Funktionen – als Präsident des Europäischen Parlaments, als Vorsitzender des Landwirtschaftsausschusses des Parlaments, als Fraktionsvorsitzender der Europäischen Demokraten im Parlament, als Vorsitzender der Paritätischen Versammlung des Parlaments mit den Staaten in Afrika, im Karibischen Raum und im Pazifischen Ozean sowie in vielen anderen Funktionen. Er war es, der 1988 Papst Johannes Paul II. zu einer Rede im Europäischen Parlament in Straßburg einlud. Es war eine Zeit der großen Hoffnung für ein freies Europa: Am 9. November 1989 fiel die Berliner Mauer und die Teilung Europas war überwunden.

Henry war ein überzeugter Partner der britischen Premierministerin Margaret Thatcher. Er war ein entschlossener, mutiger und weitsichtiger Verfechter der Stärkung des Europäischen Parlaments als Unionsorgan und in seinen Beziehungen zu den Regierungen und überwachte die Umsetzung der Einheitlichen Europäischen Akte, mit der der gemeinsame Markt vollendet wurde.

Nach seinem Eintritt in den Ruhestand wurde Henry im Dezember 2001 der erste Vorsitzende des Vereins der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments, den er bis Mai 2006 leitete, um anschließend dessen Ehrenvorsitzender zu werden. Damit wurde die Tradition begründet, dass der Vorsitzende des Vereins immer eine Person sein sollte, die vier Jahre das Amt des Parlamentspräsidenten innehatte.

Der Brexit hat Henry Plumb tief erschüttert. Dennoch war es für ihn eine große Genugtuung, die Regierung von Premierminister Gordon Brown im britischen Oberhaus bei der Ratifizierung des Vertrags von Lissabon zu unterstützen, was ihn erneut nicht nur als großen Briten, sondern auch als großen Europäer auszeichnete.

Hätte das Vereinigte Königreich den Vertrag von Lissabon abgelehnt, wäre er heute nicht die rechtliche und politische Grundlage der Europäischen Union. Henry Plumbs Engagement für den Vertrag von Lissabon ist daher auch sein Vermächtnis für unsere europäische Zukunft.

Henry Plumb war eine selbstbewusste Persönlichkeit, wie es Landwirte oft sind. Nachdem er zum Präsidenten des Europäischen Parlaments gewählt worden war, sagte ihm jemand, er solle seine Premierministerin Margaret Thatcher anrufen. Seine Antwort lautete: „Sie sollte mich anrufen.“ Soweit ich weiß, rief die große Dame Henry kurz darauf an.

Bevor der Papst vor dem Parlament sprach, warnte Henry ihn vor der Gefahr, dass ein gewisser Abgeordneter – nennen wir ihn einen „turbulenten Priester“ aus Nordirland – eine Szene machen und seine Rede unterbrechen könnte. Henry sagte: „Sollte dies geschehen, so überlassen Sie mir das Wort als Präsidenten“.

Der Papst antwortete: „Ja, natürlich, Sie sind der Chef!“

„Der Chef“ ist im hohen Alter von 97 Jahren verstorben. Wie er in seinen jüngeren Jahren bekanntlich sagte: „Ich wurde als Brite geboren, aber ich werde als Europäer sterben.“

Wenn wir uns jetzt von dieser außergewöhnlichen Persönlichkeit verabschieden, erinnern wir uns auch an seine großartige Frau Marjorie, die vor einigen Jahren verstorben ist und die ihren Mann immer unterstützt und auf vielen Reisen begleitet hat.

Es war ein Privileg für mich, mit beiden befreundet gewesen zu sein. Ich wurde auf ihren Hof eingeladen und hatte das Privileg, kurz vor seinem Tod mit Henry Plumb zu sprechen.

Zum 20-jährigen Jubiläum des Vereins der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments schickte er uns eine Videobotschaft mit seinen besten Wünschen und Grüßen. Er war ein großartiger Mensch, der mit seiner positiven Ausstrahlung und seinem Humor Hoffnung und Zuversicht vermittelte. Er war für viele ein Vorbild, auch für mich. Wir werden ihn in guter und dankbarer Erinnerung behalten.

Möge in der Zukunft die Zeit kommen, in der Henry Plumb einen Nachfolger als Präsidenten des Europäischen Parlaments haben wird, der aus dem Vereinigten Königreich kommt. Ich danke dir, Henry, und deiner geliebten Frau Marjorie für deine großen Verdienste als britischer Patriot, als engagierter Europäer und als persönlicher Freund.

Hans-Gert Poettering

EPRS-RUNDTISCHGESPRÄCH IN GEDENKEN AN LORD HENRY PLUMB

Ich freue mich, bei diesem ersten EPRS-Rundtischgespräch das Wort an sie richten zu dürfen, das dem verstorbenen Lord Henry Plumb gewidmet ist, mit dem ich während einer wichtigen Phase meiner politischen Tätigkeit im Europäischen Parlament zusammengearbeitet habe.

Lord Plumb war Präsident des Europäischen Parlaments von 1987 bis 1989, nachdem er in den ersten Direktwahlen 1979 zum Abgeordneten gewählt worden war und bis 1999 vier Wahlperioden Mitglied des Europäischen Parlaments bleiben sollte.

Im Jahr 2001 wurde er dann zum ersten Präsidenten des Vereins der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments (VEM) gewählt, den er zusammen mit Lord Richard Balfe und Ursula Schleicher mit großem Weitblick gegründet hatte.

Ich traf Lord Plumb erstmals 1994, kurz nachdem ich in das Europäische Parlament eintrat, und zwar im Ausschuss für Entwicklung und Zusammenarbeit, in dem ich die Koordinatorin meiner Fraktion war.

Er war damals Ko-Präsident der Paritätischen Parlamentarischen Versammlung AKP-EU, ein Amt, das er bis 1999 innehatte.

Mich hat sogleich seine freimütige, freundliche und umgängliche Art für ihn eingenommen, und auch sein Blick, mit dem er mich eindringlich musterte, als ob er meine wahren Absichten zu ergründen versuchte. Vor allem hat mich aber beeindruckt, dass alle Parlamentarier ungeachtet ihrer Parteizugehörigkeit ihn geschätzt und ihm vertraut haben.

Er war natürlich der Präsident des Europäischen Parlaments, aber dies allein hätte nicht dafür ausgereicht, dass er von allen geschätzt und geachtet wurde. Er hatte nämlich viel mehr Qualitäten, die sich mir im Laufe der Jahre nach und nach erschlossen haben.

Mit seinem sympathischen Auftreten und seinem jugendlichen Enthusiasmus, gepaart mit klugem Pragmatismus, setzte er sich konsequent für das Vereinigte Königreich und die Europäische Union ein.

Ich erinnere mich noch daran, wie er Anekdoten über sein parlamentarisches Leben wie die über den ehemaligen EP-Präsidenten Enrique Barón Crespo zum Besten gab, der ein politischer Gegner, aber auch ein guter Freund von ihm war. Mit einem Lachen im Gesicht erzählte er davon, dass man damals im Parlament vom „Duell zwischen dem roten Baron und dem weißen Ritter“ sprach.

Er hat auch lustigerweise immer wieder darauf verwiesen, dass sein Nachname ähnlich klingt wie das englische Wort für Pflaume, womit er darauf anspielte, dass er sein Leben lang mit der Landwirtschaft verbunden war. Dabei erinnere ich mich auch mit einem leichten Schaudern an den Beschluss des Europäischen Parlaments aus dem Jahr 1996, einen Untersuchungsausschuss zur Krankheit BSE, auch Rinderwahnsinn genannt, einzusetzen.

Am liebsten denke ich aber an die vielen Parlamentarischen Versammlungen der EU-AKP zurück, in denen er mit viel Feingefühl, Professionalität und Entschlossenheit den Vorsitz führte.

Er hat es immer wieder geschafft, alle Gemüter zu beruhigen, insbesondere wenn es um heiklere Fragen in Bezug auf Demokratie und die Achtung der Menschenrechte ging.

Für mich war es ein echtes Privileg, mit ihm zusammenarbeiten und dabei manchmal schwierige Situationen im Bereich der Zusammenarbeit und Entwicklung und auch auf anderen politischen Gebieten meistern zu können.

Monica Baldi

POLITIK ALS VERPFLICHTUNG ZUR ACHTUNG DER MENSCHENRECHTE

Über Politik zu sprechen, bedeutet, sie als ein Handeln zu verstehen, das auf Wissen und eisernen Grundsätzen beruht, die niemals durch eigenes Interesse ins Wanken gebracht werden können. Sie ist ein Handeln, dass von der Freiheit oder zumindest von deren Möglichkeit geleitet ist.

„(...) an absolute freedom would be a useless freedom, whose very concept is concretely unthinkable. (...) political awareness seeks progress towards the elimination of violence“ („[...] eine absolute Freiheit wäre eine nutzlose Freiheit, deren Begriff selbst konkret undenkbar ist. [...] politisches Bewusstsein strebt nach Fortschritt auf dem Weg zur Abschaffung von Gewalt“, Eric Weil, Political Philosophy, SS. 137 und 310).

In diesem Sinne können wir die Frage aufwerfen, welche Rolle der Bildung im politischen Handeln zukommt, nicht zuletzt weil „die Menschen ihre Geschichte machen, aber nicht mit Willen und Bewusstsein“ (Jürgen Habermas, Technik und Wissenschaft als Ideologie, S. 95). Dies ist eine philosophische Diskussion, wenn wir unter Philosophie die Denkweise verstehen, die uns besser macht. Mit anderen Worten, wenn ein solches politisches Handeln moralisches Handeln ist, dass von der ethischen Dimension jedes Menschen geleitet ist.

Hier trägt die europäische Bildung eine große Verantwortung, indem sie die Mitgliedstaaten auffordert, für ein Gefühl der Zugehörigkeit, des Gemeinschaftssinns, der Hilfe und der Verantwortung für andere zu sorgen. Dies bedeutet, junge Menschen mit den unterschiedlichen nationalen und regionalen religiösen und ethnischen Identitäten in Europa vertraut zu machen. Die Vielfalt Europas und seiner multikulturellen Gemeinwesen ist für sein Gesellschaftsbild von entscheidender Bedeutung und stellt ein grundlegendes Kulturgut dar, nämlich für die Achtung der Menschenrechte.

Bildung bedeutet, die Menschenrechte zu schützen, und dies geschieht nicht, ohne die Erklärung der Menschenrechte als eine Charta genau zu beachten, die uns alle als Schwestern und Brüder leitet.

Selbstverständlich gibt es rechtsverbindliche Menschenrechtsinstrumente, die unter der Leitung der Vereinten Nationen ausgehandelt wurden, konkret den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte und den Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte. Mit diesen von der Generalversammlung 1966 angenommenen Instrumenten werden die Bestimmungen der Allgemeinen Erklärung einen Schritt vorangebracht, indem diese Rechte in rechtsverbindliche Verpflichtungen umgesetzt werden, während die jeweiligen Ausschüsse die Einhaltung durch die Vertragsstaaten überwachen. Ohne das Engagement jedes Bürgers und ohne den Schutz der politischen Macht jedoch sind diese Pakte harmlos.

Der Europarat arbeitete 1950 die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) aus, die am 3. September 1953 in Kraft trat. Die Europäische Menschenrechtskonvention ist die wichtigste Voraussetzung für den Beitritt neuer Bewerberstaaten zum Europarat, und alle derzeit 47 Mitgliedstaaten sind Vertragsparteien der Konvention. Mit diesem Übereinkommen wird Folgendes sichergestellt: das Recht auf Leben, das Recht auf ein faires Verfahren, das Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens, die freie Meinungsäußerung und Gedankenfreiheit, die Gewissens- und Religionsfreiheit sowie der Schutz des Eigentums. Andererseits verbietet das Übereinkommen Folter und unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, Sklaverei und Zwangsarbeit, die Todesstrafe, willkürliche und rechtswidrige Inhaftierung und die Diskriminierung bei der Ausübung der in der Konvention verankerten Rechte und Freiheiten.

In jedem Fall geschehen die Achtung und der Schutz der Menschenrechte nicht per Dekret. Sie kommen aus der Seele, die versteht, dass die Menschheit das wertvollste Gut ist, das wir haben, und die Politik ist die Hüterin dieses wichtigen Gutes.

Liliana Rodrigues

DER BEITRAG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS ZUR VERTIEFUNG DER EUROPÄISCHEN UNION

Im Mittelpunkt seines Vortrags standen drei Aspekte, auf die das EP kontinuierlich pochte:

- die Erweiterung der Zuständigkeiten der EU (ehemals EG) auf alle Bereiche, in denen eine gemeinsame Politik von Vorteil wäre;
- die Steigerung der Effizienz der EU, nicht zuletzt durch eine Erweiterung der Bereiche, in denen der Rat Beschlüsse mit qualifizierter Mehrheit und nicht einstimmig fasst;
- eine weitergehende Demokratisierung der EU, in deren Rahmen das EP insbesondere Gesetzgebungsbefugnisse erhalten und an der Ernennung der Kommission beteiligt werden sollte.

Das EP arbeitete darauf hin, indem es zum einen auf Vertragsänderungen pochte und zum anderen den Spielraum bei der Auslegung der Verträge bis zum Äußersten ausreizte, um ihr volles Potenzial auszuschöpfen.

Richard Corbett beschrieb ausführlich, wie sich das EP in die Verhandlungen über die Einheitliche Europäische Akte und über die Verträge von Maastricht, Amsterdam, Nizza und Lissabon eingebracht und Einfluss darauf genommen hat. In allen Fällen legte das EP Vorschläge vor, die es durchzusetzen suchte, schloss sich mit nationalen Parlamenten und Regierungen zusammen, die seinen Anliegen wohlwollend gegenüberstanden, und die meisten MdEP warben innerhalb ihrer politischen Parteien, in den Medien und im Rahmen akademischer und öffentlicher Debatten für die Anliegen des Parlaments. Das EP beschritt immer wieder neue Wege, von der Vorlage eines neuen Vertragsentwurfs (des sog. Spinelli-Vertragsentwurfs) im Jahr 1984 über die Veranstaltung gemeinsamer Konferenzen mit nationalen Parlamenten (der sog. Europäischen Assisen von 1990 und des Europäischen Konvents von 2002) bis hin zur Teilnahme an vorbereitenden Reflexionsgruppen mit Regierungsvertretern. Es fand immer wieder neue Möglichkeiten, die Unterstützung für seine Vorschläge weiter auszubauen.

Durch diese schrittweisen Überarbeitungen und Ergänzungen der Verträge wurden die Zuständigkeiten der EU um Bereiche erweitert, die in den ursprünglichen Verträgen nicht oder höchstens am Rande erwähnt worden waren, wie zum Beispiel die Umwelt, die Kohäsionspolitik, der Verbraucherschutz, die öffentliche Gesundheit, transeuropäische Netzwerke, die Staatsbürgerschaft, die Währungsunion, polizeiliche und justizielle Angelegenheiten oder die Außen- und Sicherheitspolitik. Zugleich wurden die Effizienz und die Effektivität der EU insbesondere dadurch verbessert, dass die Bereiche, in denen der Rat Beschlüsse mit qualifizierter Mehrheit anstatt einstimmig fassen kann, erweitert wurden, dass die Kapazitäten des Gerichtshofs durch die Einrichtung eines erstinstanzlichen Gerichts ausgebaut wurden, damit der Gerichtshof die steigende Zahl an Fällen bewältigen konnte, dass die Rolle der Kommission als Exekutive der EU gestärkt wurde, dass der Europäische Rat fortan einen eigenen Vollzeitpräsidenten bestimmen konnte, anstatt der automatischen Rotation unterworfen zu sein, in deren Rahmen alle sechs Monate eine andere nationale Führungsperson den Vorsitz übernahm, und dass fortan eine bessere Zusammenarbeit einer Mehrzahl der Mitgliedstaaten möglich war, wenn ansonsten eine kleine Minderheit jeglichen Fortschritt hätte blockieren können.

Vor allem aber wurde die EU durch die Überarbeitungen und Ergänzungen der Verträge demokratischer. So erhielt das EP die später noch erweiterte Befugnis, über EU-Rechtsvorschriften mitzuentcheiden (wobei der Rat und das EP ein Zweikammernsystem bildeten) sowie die Befugnis, internationale Abkommen zu ratifizieren (oder nicht), seine Haushaltsbefugnisse wurden erweitert, und ihm wurde die Befugnis erteilt, die Ernennung der Kommission zu billigen und (jeweils für eine Amtszeit, die mittlerweile der fünfjährigen Mandatsperiode des EP entspricht) einen Präsidenten bzw. eine Präsidentin zu wählen. Darüber hinaus wurde auch die Rolle der nationalen Parlamente gestärkt.

Zugleich versuchte das EP jederzeit, die bestehenden Verträge in ihrer jeweiligen Form bestmöglich im Rahmen unilateraler Maßnahmen oder interinstitutioneller Vereinbarungen zu nutzen. Richard Corbett führte hierfür mehrere Beispiele an:

- Als das EP im Bereich der Rechtsetzung lediglich eine beratende Funktion innehatte, änderte es seine Geschäftsordnung, um von einem Urteil des Gerichtshofs profitieren zu können, das besagte, dass der Rat Rechtsvorschriften erst nach Erhalt einer förmlichen Stellungnahme des EP annehmen kann. Im Einklang mit der neuen Geschäftsordnung nahm das EP zunächst alle Änderungsanträge an, die es zu Vorschlägen einreichen wollte, zögerte die Endabstimmung jedoch so lange hinaus (und verhinderte damit eine Beschlussfassung), bis es die Änderungsanträge mit den anderen Organen erörtert hatte und mit deren Antwort zufrieden war.
- Es nutzte seine Befugnis, den Haushalt abzulehnen, um eine Reihe interinstitutioneller Vereinbarungen mit dem Rat und der Kommission zu treffen, die ihm mehr Rechte verliehen.
- Als es das Recht erhielt, die Ernennung einer neuen Kommission zu billigen (oder abzulehnen), bestand das EP darauf, dass jedes designierte Kommissionsmitglied vor dem jeweiligen parlamentarischen Ausschuss, der seinem Portfolio entsprach, erschien und sich einer dreistündigen Anhörung stellte, bevor das Parlament über die Kommissionsmitglieder abstimmte.

Indem es dafür sorgte, dass die Verträge überarbeitet und geändert wurden, und deren Spielraum daraufhin bis aufs Äußerste ausreizte, gelang es dem EP, die Europäischen Gemeinschaften von vor 40 Jahren in die stärkere, effizientere und demokratischere Union zu verwandeln, die wir heutzutage haben. Aber dieser Prozess ist noch längst nicht abgeschlossen...

Richard Corbett

EUROPÄISCHE SICHERHEIT UND VERTEIDIGUNG

Kurzbericht über die Konferenz „50 years of limits to growth“ (50 Jahre Wachstumsgrenzen) an der Universität Clermont-Ferrand (Frankreich) am 1./2. Dezember 2022.

Was für ein Ereignis! Einige der bekanntesten Vertreter der ökologischen Ökonomie kamen zusammen, um gemeinsam mit Vertretern von Umweltbewegungen über die Entwicklung ihres Fachbereichs zu diskutieren. Sie verwiesen auf Herman E. Daly, einen der Begründer der ökologischen Ökonomie (er verstarb im Oktober 2022). Er rief dazu auf, die menschliche Wirtschaftstätigkeit auf ein Niveau zu begrenzen, das die Tragfähigkeit der Erde nicht übersteigt und damit nachhaltig ist. Dies war auch der Grundgedanke hinter der Konferenz in Clermont-Ferrand, die von Arnaud Diemer und seinen Kollegen organisiert wurde.

Seit der Veröffentlichung des ersten Berichts des Clubs von Rom im Jahr 1972 über die Wachstumsgrenzen arbeiten Umweltökonominnen an Strategien für eine umweltverträgliche Wirtschaft. Ihre drei wichtigsten Grundsätze sind heute: Einhaltung der Rechtsgrundsätze (Joyeeta Gupta, Universität Amsterdam), Überwindung von Hunger und extremer Armut (Jorgen Randers, Norwegen, Robert Costanza, London) und Beendigung der Zerstörung des Weltklimas (Steven Stone, PNU, Peter Victor York, Universität Kanada). Es geht also nicht nur um die technische Verringerung der CO₂-Emissionen, sondern auch um die soziale Entwicklung. Die Einhaltung der Rechtsgrundsätze ist absolut notwendig, denn nur wenn es keine wesentliche Willkür und Korruption gibt, können Gemeinschaftsstandards verwirklicht werden. Die Überwindung von extremer Armut ist notwendig, da nur Menschen, die ihre soziale Situation akzeptieren, in der Lage sind, die Interessen der Gemeinschaft zu wahren – und deshalb ist auch die Gleichberechtigung der Frauen ein wesentlicher Faktor, denn Frauen sind deutlich stärker sozial orientiert als Männer. Umweltökonominnen zufolge bedarf es der aktiven Beteiligung und Entwicklung von Gesellschaften sowie technischer Maßnahmen, wenn es gilt, das Weltklima zu retten.

Sie plädieren für eine „Wirtschaft des Wohlergehens“ und erklären, dass eine echte Verbesserung des Weltklimas nur durch eine Verbesserung der sozialen Lage erreicht werden kann. Extreme Armut ist neben CO₂ der größte Klimakiller der Erde. Daher ist es unabdingbar, den ärmsten Ländern mehr Zeit für die Entwicklung und damit für die Verringerung der CO₂-Emissionen zu gewähren als den wohlhabenden Ländern.

Der Status einer „Wirtschaft des Wohlergehens“ kann mit einem Index gemessen werden, der fünf Punkte umfasst:

1. Verfügbares Einkommen der Arbeitnehmer pro Person – nach Steuern (2017 KKP \$ pro Person und Jahr)
2. Öffentliche Ausgaben pro Person (2017 KKP \$ pro Person und Jahr)
3. Eigenkapital (verfügbares Einkommen der Eigentümer geteilt durch das verfügbare Einkommen der Arbeitnehmer)
4. Umweltqualität (globale Erwärmung in Grad Celsius seit 1850)
5. Wahrgenommene Fortschritte (die Steigerungsrate des Wohlergehens in den letzten fünf Jahren)

Dies ist auch für die Europäische Union ein interessanter Ansatz, der sich perfekt in das Projekt eines neuen „Grünen Deals“ einfügt!

Nebenbei bemerkt: Mein Beitrag war eine kurze Geschichte moderner Umweltbewegungen, die 1962 mit dem Erscheinen von Rachel Carsons Buch „Silent Spring“ ihren Anfang nahmen.

Birgit Daiber

AUSWIRKUNGEN DES BREXIT

Phileas Fogg, Jules Vernes unerschrockener Weltumrunder, schaffte es bekanntlich, in achtzig Tagen um die Welt zu reisen. Hundert Tage vor meinem geplanten Abreisetag nach Indien hielt ich mich noch im Vereinigten Königreich auf. Einige unbedachte Äußerungen britischer Minister über Indiens Erfolge bei der Bekämpfung von COVID-19 konterte das Land, indem es dem Vereinigten Königreich den Zugang zu seinem elektronischen Visasystem sperrte.

Für Dienstreisen als Abgeordneter des Europäischen Parlaments gab es immer den Komfort des Protokolldienstes, der diplomatische Notwendigkeiten regelte. Im Alleingang blieben zwei Besuche bei Indiens ausgelagertem Visa-Service in London erfolglos, meine Anträge wurden abgelehnt. Aber gerade als ich am Rande der Verzweiflung war, kamen mir Foggs Worte in den Sinn: „Die Chance, die jetzt verloren scheint, kann sich im letzten Moment zeigen“. Und so kam es: Die Regierung in Delhi beruhigte sich und ich hielt innerhalb von 24 Stunden ein e-Visum in meinen Händen!

Ende Januar kam ich mit einem neuen Reiseplan im südlichen Bundesstaat Karnataka an. Eingeladen war ich als Angehöriger des „Verbands ehemaliger Mitglieder“ zu einem Besuch der Mangalore University sowie der Manipal Academy of Higher Education (MAHE, eine Privatusiversität). Die MAHE beherbergt ein beeindruckendes Jean-Monnet-Zentrum für Europastudien, das sich rasch zur Drehscheibe für Europastudien in Indien entwickelt hat und mehrere Studiengänge auf Bachelor- und Masterniveau anbietet, verbunden mit einer beachtlichen Vernetzung mit mehr als zwanzig Universitäten in der Europäischen Union.

Meine Ansprechpartnerin für die Planungen im Vorfeld der Reise war Priya Vijaykumar, aber aufgrund meiner verspäteten Ankunft verpasste ich sie, da sie für fünf Monate nach Brüssel entsandt worden war. Die Verantwortung oblag nun der Leiterin des Jean-Monnet-Zentrums der MAHE, Professorin Neeta Inamdar. Im Dezember traf ich mich mit Priya in Brüssel, um sicherzugehen, dass ich gut auf den Besuch vorbereitet war. Meine Bedenken waren unbegründet, denn Professorin Inamdar, Praveen und Risha kümmerten sich vorbildlich um mich und sorgten für eine höchst zufriedenstellende und angenehme fünftägige Reise.

Meine ersten beiden Vorträge fanden an der Mangalore University statt und betrafen die Auswirkungen des Brexits auf die Europäische Union sowie die sich entwickelnde Rolle der SAARC, der Südasiatischen Vereinigung für regionale Zusammenarbeit. Die Studierenden stellten in beiden Veranstaltungen nachdenkliche Fragen. Ebenso wie ich waren sie verwundert über die Entscheidung des Vereinigten Königreichs, die EU zu verlassen und einen Sonderweg einzuschlagen.

Am 26. Januar wurde in Indien der „Tag der Republik“ begangen, und ich feierte mit den Studierenden des Thenkanidiyur College, dass Indien eine unabhängige, funktionierende demokratische Republik mit 36 Bundesstaaten und Territorien wurde. Ich sprach über die enormen Leistungen der Inder weltweit, von ihren Cricket-Stars bis hin zum ersten britischen Premierminister, der einer ethnischen Minderheit angehört.

Meinen letzten Vortrag widmete ich den Auswirkungen des Brexits auf die Geschäftsbeziehungen zwischen Indien und Europa, wobei ich die große Bedeutung der kleinen und mittleren Unternehmen hervorhob. Die Studierenden des Masterstudiengangs stellten schwierige Fragen, die von der EU-Einwanderungspolitik bis zu den Auswirkungen der russischen Invasion der Ukraine auf die indische Wirtschaft reichten.

Viel zu schnell war meine Kurzreise zu Ende. Trotz der anfänglichen Probleme mit dem Visum und der komplizierten Reisevorbereitungen war es ein großartiger und äußerst lohnender Besuch. Ich fühlte mich sehr willkommen und habe nicht die geringsten Zweifel, dass die MAHE ihrer Vision von „weltweiter Führungsrolle in der menschlichen Entwicklung und Exzellenz im Bildungs- und Gesundheitswesen“ gerecht wird. Nach allem zu urteilen, was ich bei meinem Besuch erfahren durfte, erfüllen sie die Erwartungen in jedem Bereich und halten Jean Monnet in Ehren.

Die Aussage von Phileas Fogg, „es ist sinnvoll, zu reisen, wenn man neue Dinge sehen möchte“, könnte nicht treffender sein, um meine Reise nach Karnataka zu beschreiben. Ein herzliches Dankeschön an alle, die zu ihrem Gelingen beigetragen haben.

Robert Evans

UMWELTSCHUTZ FÜR EINEN NACHHALTIGEN FRIEDEN

Die Welt steht vor einem akuten Klimanotstand. Die Menschheit vernichtet durch ihr Handeln die biologische Vielfalt und schafft so die Grundlage für ihre eigene Vernichtung. Die aktuelle Epoche wird deshalb auch Anthropozän genannt. Die aktuelle beispiellose Klimakrise und die vom Krieg Russlands gegen die Ukraine ausgehende atomare Bedrohung erzeugen ein Gefühl der Ungewissheit und Ohnmacht, wie es seit der Kuba-Krise im Jahr 1962 nicht wahrgenommen wurde. Die ohnehin bereits ernste Lage wird durch die weltweit zu verzeichnende Inflationsdynamik, insbesondere bei Energie und Lebensmitteln, erschwert. Demokratische Instabilität und der Anstieg des Populismus stellen eine Bedrohung für die demokratische Regierungsführung in der Welt dar und verschärfen die geopolitische Lage zusätzlich.

Es müssen unbedingt wirksame Maßnahmen ergriffen werden, die schnellstmöglich etwas bewirken können. Die Agenda 2030 und die Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDG) sollten eine Koordinierung der menschlichen Entwicklung ermöglichen und deren Vereinbarkeit mit der Entfaltung unseres Planeten und unseres Wohlstandes sicherstellen. Leider konnten aufgrund der genannten Krisen nur unzureichende Fortschritte erzielt werden.

Die Dekarbonisierung, die Entwicklung und Erzeugung sauberer Energien und die Investitionen zur Förderung eines wirksamen ökologischen Wandels müssen dringend vorangebracht werden, da nur so die wichtigsten Ziele der Agenda 2030 erreicht und das Fortbestehen der Menschheit gesichert werden können.

Die Menschheit muss zu neuen Produktionsformen auf der Grundlage sauberer Energien übergehen. Hier besteht ein direkter Zusammenhang mit unserem Konsumverhalten. Es muss deutlich gemacht werden, was das Nachhaltigkeitsziel 12 in Bezug auf die Muster menschlichen Konsums diesbezüglich bewirken konnte. Wenn wir unser Konsumverhalten nicht ändern, ist eine Konzipierung und praktische Umsetzung neuer Entwicklungsmodelle, die mit dem Klimaschutz und den für eine Abwendung einer anthropozänen Katastrophe erforderlichen Maßnahmen vereinbar sind, unmöglich.

Wir müssen uns um unseren Planeten kümmern und Frieden mit ihm schließen. Dies bedeutet auch, Frieden mit den Meeren zu schließen und der schwerwiegenden Verschmutzung der Meere, insbesondere durch Plastik, ein Ende zu setzen. Die Erzeugung sauberer Energie ist tatsächlich möglich und wirkungsvoll, allerdings setzt sie den politischen Willen voraus, dem herkömmlichen Gebrauch von Kohle und Öl zu entsagen. Zudem müssen Möglichkeiten zur Erzeugung von grünem Wasserstoff, Windenergie und anderen Formen erneuerbarer Energie sowie zur Gewinnung von sauberem und dekontaminiertem Wasser erwogen werden.

Politischer Wille muss mit einem koordinierten Vorgehen und mit Zusammenarbeit einhergehen. Ohne Zusammenarbeit kein Frieden. Ohne Zusammenarbeit keine Entwicklung. Ohne Zusammenarbeit kein Fortschritt. Die Menschheit braucht eine Partnerschaft für die Zusammenarbeit. Eine solche Partnerschaft kann nur im Rahmen eines wirksamen multilateralen Gefüges, sowohl auf globaler als auch auf regionaler Ebene, erreicht werden. Der Multilateralismus steckt in einer schweren Krise. Mit dem Krieg in Europa wurde der regelbasierte Multilateralismus zunichtegemacht. Es ist wichtig, dass die Welt wieder ein System von Regeln einführt und dass diese Regeln eingehalten werden. Ferner gilt es, Maßnahmen zur Eindämmung des Klimawandels zu vereinbaren und in puncto Entwicklung einen neuen Kurs zu unterstützen, der dem Schutz unserer Umwelt und unseres Planeten zuträglich ist. Folglich müssen die Öl- und Kohlewirtschaft aufgegeben und die Dekarbonisierung des Planeten vorangebracht werden.

Darüber hinaus gilt es, eine gerechte Digitalisierung und den Austausch über Fortschritte auf dem Gebiet der künstlichen Intelligenz zu fördern, das Amazonas-Gebiet sowie Wälder auf der ganzen Welt zu schützen und die Infrastruktur für die bevorstehende Energiewende zu schaffen. Der Globale Süden kann beim Schutz von Umwelt und Biodiversität sowie bei der Förderung des Friedens und der globalen Stabilität einen wesentlichen Beitrag leisten. In diesem Zusammenhang bedarf es Solidarität und Zusammenarbeit, damit in allen Ländern eine demokratische Regierungsführung und eine wirksame Rechtsstaatlichkeit unterstützt werden können.

Die Schulung von Personal und die Aktualisierung von Kenntnissen spielen eine grundlegende Rolle. Die Friedensuniversität (www.upeace.org) schult Friedensbotschafter und entspricht damit dem Mandat, das ihr bei ihrer Einrichtung vor über 40 Jahren von der Generalversammlung der Vereinten Nationen übertragen wurde. Die jungen Führungspersönlichkeiten aus einer Vielzahl von Ländern können etwas bewirken und die gesellschaftliche Resilienz gegenüber den großen Herausforderungen der Menschheit stärken, und zwar vor allem durch Konflikttransformation und Streitbeilegung sowie durch den Schutz und die verantwortungsvolle Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen, insbesondere vor dem Hintergrund der zunehmend vernetzten Welt. In diesem Sinne gilt es unbedingt, Wahrheit über Unwahrheit und Frieden über Gewalt zu erheben, unseren Planeten zu schützen und neue Produktionsmethoden und -ketten zu entwickeln, wobei der Schwerpunkt auf einer nachhaltigen menschlichen Entwicklung und einem nachhaltigen Frieden liegen muss.

Francisco Rojas-Gravena

MEHR RESILIENZ IN EUROPA

Unsere Welt hat sich gewandelt, und die Resilienz der Städte ist von einem wesentlichen zum einzig möglichen künftigen Vorgehen geworden. Als Russland in die Ukraine einmarschierte, wurden in Europa gerade Pläne zur Erholung von der Pandemie und der wachsenden Weltwirtschaftskrise entwickelt. Der anhaltende Konflikt führte zu einem starken Zustrom von Flüchtlingen in die europäischen Städte, ließ die Inflation – insbesondere die Lebensmittel- und Energiepreise – im gesamten Euro-Gebiet in die Höhe schnellen und spitzte die soziale Spaltung und das Misstrauen zu. Vor diesem Hintergrund häufen sich die Klimakatastrophen in der Region und verschlimmern sich. Diese Erschütterungen zeigen immer wieder, dass die Städte als erste Verteidigungslinie besser vorbereitet sein müssen.

All diese Herausforderungen sind miteinander verknüpft. Wenn lokale, regionale und nationale Behörden den Blickwinkel auf die Resilienz richten, können sie die Zusammenhänge zwischen diesen Herausforderungen und den dauerhaften Belastungen, denen die Städte und deren Bewohner ausgesetzt sind, erkennen. Der Aufbau von Resilienz ist ein Instrument, das zur Mobilisierung aller städtischen Akteure beiträgt und für alle Maßnahmen, die sich am stärksten auf Menschen, Vermögenswerte und die städtische Entwicklung auswirken, bestimmend ist.

Mit den Worten des Generalsekretärs der Vereinten Nationen: „We need cooperation, yet we face fragmentation.“ (Auch wenn wir gespalten sind, müssen wir zusammenarbeiten). Die jüngsten Erschütterungen haben deutlich gemacht, dass die Erholung von der gegenwärtigen Krise und die Vorbereitung auf die nächsten Krisen ein hohes Maß an Integration und Zusammenarbeit erfordern. Europa kennt und beherrscht das.

In den letzten Jahren haben einige europäische Städte bedeutende Schritte unternommen, um die Resilienz der Städte zu verbessern. Es sind Vorbilder, die dazu dienen, die Wirkung in ganz Europa und der Welt zu verstärken. Drei Maßnahmen könnten anderen europäischen Städten helfen, auf ihrem Weg zur Resilienz schnell voranzukommen.

Erstens: Der Aufbau städtischer Resilienz setzt den Einsatz innovativer Methoden und die Nutzung von Technologien für die Erhebung kontextbezogener Daten voraus.

In diesem Sinne kann Barcelonas Weg zur Resilienz (Barcelona's resilience journey) anderen europäischen Städten eine Anregung bieten. Nachdem 2009 eine Reihe unerwarteter kritischer Ereignisse – Dürren, Terroranschläge, Überschwemmungen und andere – das Gleichgewicht der Stadt bedroht hatten, war man in Barcelona davon überzeugt, dass städtische Resilienz eine wesentliche Voraussetzung für Nachhaltigkeit sei. Zur Entwicklung einer Methode, die in der Stadt umgesetzt und geprüft wurde, ging die Stadtverwaltung eine Partnerschaft mit UN-Habitat ein und förderte die sektorübergreifende Zusammenarbeit. Das Ergebnis war das City Resilience Profiling Tool, mit dem auf der Grundlage kontextbezogener Daten die Leistung verschiedener Systeme beurteilt und städtische Akteure mobilisiert werden. Es trägt dazu bei, bessere Entscheidungen zu treffen. Acht Jahre lang erhielt Barcelona bei der Umsetzung des Instruments Unterstützung vom UN-Habitat City Resilience Global Programme.

Zur Unterstützung anderer Städte weitete Barcelona im Rahmen ihrer Kooperationsbemühungen diese Maßnahmen aus. Sie stellte Know-how bereit und stand Gemeinden auf ihrem Weg zur Resilienz als Mentor zur Seite. Dank dieser Allianz kam es in Maputo (Mosambik), Dakar (Senegal) und derzeit in Medellín und Tunis zur Einführung und Kalibrierung des Resilienz-Instruments. Zweitens: Der Ausbau des Potenzials zur Stärkung städtischer Resilienz in ganz Europa setzt voraus, dass nationale, regionale und lokale Behörden an der Umsetzung ehrgeiziger und glaubwürdiger Pläne beteiligt sind.

Die Auswirkungen von Katastrophen werden vor allem auf lokaler Ebene wahrgenommen. Die Widerstands- und Anpassungsfähigkeit auf lokaler Ebene sowie die Schwere der Auswirkungen gehen über lokale und regionale Grenzen hinaus. Die Resilienz der Städte und Gemeinschaften wird von den dauerhaften Belastungen, denen die Städte ausgesetzt sind – z. B. Mangel an Wohnraum und notwendiger Infrastruktur, Kluft zwischen den Geschlechtern und digitale Kluft, politische Spaltung und Wirtschaftskrise – bestimmt, und sie erfordert Lösungen auf regionaler und nationaler Ebene.

Vor diesem Hintergrund und angesichts des Weges, den Barcelona eingeschlagen hat, hat die Regionalregierung Kataloniens ihre Kräfte mit denen von UN-Habitat vereint, um den methodischen Ansatz des City Resilience Global Programme zu kalibrieren und auf territorialer und regionaler Ebene umzusetzen. Zum ersten Mal wird im Rahmen von UN-Habitat das Resilience Global Programme in ein bestimmtes Gebiet eingeführt.

Die vierjährige Umsetzung des Programms begann im Jahr 2022 im Pilotgebiet Terres de l'Ebre, einem Biosphärenreservat, das für Europa von großer Bedeutung ist. Terres ist ein entvölkertes, vom Klimawandel bedrohtes Gebiet, das sechs verschiedene Landschaften umfasst, darunter das Ebro-Delta, in dem 19 nach den europäischen, spanischen und katalanischen Artenschutzvorschriften geschützte Arten leben.

Drittens: Um einen Beitrag zur Erreichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung zu leisten, die Wirkung zu erhöhen und das Wissen zu erweitern, ist es notwendig, vernetzt zusammenzuarbeiten.

Damit kein Ort zurückbleibt und kleinere Gemeinden Unterstützung erhalten, muss Europa Partnerschaften zwischen Städten, verschiedenen Regierungsebenen, Forschenden und dem privaten Sektor fördern.

Barcelona, Greater Manchester, Helsinki, Matosinhos, Mailand und die Provinz Potenza wurden im Rahmen von Making Cities Resilient 2030 als erste europäische Städte zu globalen Resilience Hubs ernannt. MCR2030 – koordiniert von elf Hauptpartnern, darunter UNDRR, UN-HABITAT, die Weltbank und C40 Cities – ist eine einzigartige, interessenübergreifende Initiative zur Verbesserung der Resilienz auf lokaler Ebene. Diese Zentren haben eine Vorreiterrolle übernommen, wenn es darum geht, Risiken und Resilienz in kommunale Strategien und Konzepte zu integrieren. Sie werden andere Städte unterstützen, ihrem Beispiel zu folgen.

Wenn der Blickwinkel auf Resilienz gerichtet ist, nimmt ein systemorientiertes Denken in das Verständnis und die Planung von Städten, Metropolen, Regionen und Ländern Einzug. Damit die Städte in unserer sich wandelnden Welt zum Motor der Entwicklung werden, muss Europa sie neu kalibrieren. Dabei ist die Stärkung städtischer Resilienz das einzig mögliche künftige Vorgehen.

Isabel Parra

NEUER SCHWUNG ZUR SICHERUNG DER DEMOKRATIE: INTELLIGENTER, SCHNELLER UND EHRLICHER

Auf allen Kontinenten stehen die Demokratien unter enormem Druck. In den letzten zwei Jahrzehnten ist die Aushöhlung der Demokratie von einem besorgniserregenden, wenn auch peripheren Faktor zu einem bestimmenden Element der modernen Politik geworden. Die alarmierenden Anzeichen, die genauen Mechanismen und das Ausmaß, in dem sie auftreten, mögen variieren. Kein Land ist jedoch immun gegen den Aufstieg und/oder das Wiederaufleben illiberaler, autoritärer oder autokratischer Kräfte, Praktiken und Rhetoriken.

Diese Entwicklung stellt nicht nur die Demokratie als Ideal in Frage, sondern auch die Belastbarkeit und Integrität der demokratischen Systeme, Institutionen und Prozesse an sich. Dieses Gefühl des Unbehagens an der Demokratie hat – wenn auch in jeder Gesellschaft in unterschiedlichem Maße – die Grenzen der demokratischen Vorstellungskraft, d. h. die Fähigkeit einer jeden Bürgerin und eines jeden Bürgers, sich vorzustellen, was die Demokratie für sie oder ihn leisten kann, beeinträchtigt. Dieser Trend ist nicht nur in neueren oder sich konsolidierenden demokratischen Staaten zu beobachten, sondern auch in stärker etablierten Systemen, wie der Europäischen Union.

Natürlich kann eine einzelne Demokratie diese Geschichte nicht allein umschreiben. Es liegt auf der Hand, dass es für die Behebung der Missstände in den Demokratien notwendig ist, ambitionierte Partnerschaften und Allianzen zu fördern.

In den letzten Jahren haben demokratische Regierungen weltweit verstärkt versucht, genau dies zu tun. Der Verlauf des Gipfels für Demokratie ist nur ein Beispiel dafür, dass sich viele Länder bemühen, den Schutz und die Förderung demokratischer Werte auf globaler Ebene zu koordinieren, und dass sie so ein neues Ziel verfolgen.

Dieses verstärkte Engagement ist ein willkommener Schritt nach vorn. Um dieses Versprechen einlösen zu können, müssen die Demokratien ihr Handeln jedoch in dreierlei Hinsicht untermauern.

Erstens, eine Neuformulierung des eigentlichen Problems.

Auch wenn es verlockend sein mag, das Ringen um die Umkehr dieser negativen Trends im öffentlichen Diskurs oder in den Medien als einen Kampf zwischen Demokratien und Autokratien darzustellen, ist dies eine Vereinfachung, die in einen Irrweg führt. In Wirklichkeit liegen die Dinge nicht so einfach. Wie meine Kollegin Laura Thornton kürzlich schrieb, ist der Kampf zwischen Demokratie und Autokratie – wenn man ihn so nennen kann – nicht an geografische Grenzen gebunden, sondern basiert auf Werten und Einstellungen, die Menschen überall teilen. Ebenso wie es in jedem autoritären Regime mutige Demokraten gibt, die sich für Veränderungen einsetzen, gibt es in jeder Demokratie illiberale und autokratische Personen und Bewegungen. Die eigentliche Gefahr für die Demokratien sind die autokratischen Kräfte im Inneren und umgekehrt. Die Demokratien täten gut daran, dies zu berücksichtigen, wenn sie politische Maßnahmen zur Bekämpfung der Wurzeln und Symptome der Aushöhlung der Demokratie ausarbeiten und koordinieren. Zweitens ist es wichtig, dass dieses Problem auf globaler Ebene sehr viel schneller angegangen wird.

Wenn die letzten Jahre eines gezeigt haben, dann dies: Der demokratische Fortschritt eines Landes ist weder linear noch unumkehrbar. Beispielsweise hat der Anschlag auf das Kapitol der Vereinigten Staaten am 6. Januar deutlich gemacht, wie die Demokratie selbst an Orten Schwachstellen aufweisen kann, an denen die Demokratie eigentlich am sichersten verwurzelt sein sollte. Ob es nun um die Bekämpfung der Verlockungen des Populismus geht, der in vielen Ländern Fuß gefasst hat, oder um den Kampf gegen den demokratischen Illiberalismus, wenn scheinbar demokratische Strukturen undemokratische Praktiken verschleiern, oder gar um den Blick in die Abgründe rücksichtsloser Autokratien – wenn jetzt nicht gehandelt wird, werden die Demokratien wahrscheinlich nicht mehr in der Lage sein, diesen Prozess umzukehren.

Schließlich ist die Demokratie – mit all ihren Unvollkommenheiten – nur so stark, wie wir sie machen. Die Arbeit fängt zu Hause an.

Es gibt kein tragfähiges politisches Szenario, bei dem sich Demokratien dafür entscheiden können, ihre demokratischen Überzeugungen, ihre Werte und Institutionen auf ihrem eigenen Staatsgebiet nicht zu verteidigen, während sie außerhalb ihrer Grenzen weiterhin für diese Werte eintreten. International Wasser zu predigen, während man im eigenen Land Wein trinkt, kann nicht als ein nachhaltiges politisches Konzept angesehen werden, das zu mehr Glaubwürdigkeit führt.

Schließlich ist die Aushöhlung der Demokratie in der amerikanischen oder europäischen Gesellschaft vor allem auf ihr eigenes demokratisches Versagen zurückzuführen. Aus diesem Grund müssen die Institutionen der EU zum Beispiel bei Verstößen gegen die Grundsätze der Union intern weiterhin mit aller Entschiedenheit vorgehen und dabei das gesamte verfügbare Instrumentarium einsetzen. Dazu gehört auch die konsequente Anwendung von Artikel 7 des Vertrags über die Europäische Union. Ebenso dringlich wie die Suche nach wirksamen globalen Lösungen für diese Probleme ist eine tiefgehende Selbstreflexion und eine ehrliche Auseinandersetzung mit der Frage, wie die Länder ihre eigenen Demokratieprobleme lösen können.

All dies sind Elemente von Politik und Governance, die leichter gesagt als getan sind. Selbst wenn sie kombiniert werden, könnten sie sich als unzureichend erweisen, um den derzeitigen internationalen Kurs zu ändern.

Aber in einer Zeit, in der das Aufkommen antidemokratischer Herausforderungen und Herausforderer immer schwerwiegendere Folgen nach sich zieht, sind sie unerlässlich. Längerfristige Trends wie das Wiederaufleben globaler geopolitischer Rivalitäten und spezifische Entwicklungen wie der andauernde Krieg in der Ukraine erinnern uns eindringlich daran, dass die Demokratie unbedingt verteidigt werden muss. Um ihre eigene Widerstandsfähigkeit und die der Demokratie weltweit zu stärken, müssen die Demokratien bei der Verfolgung dieses Ziels unbedingt intelligenter, schneller und ehrlicher vorgehen.

Vassilis Stouras

STÄRKUNG DER RESILIENZ ZUR BEWÄLTIGUNG VON HERAUSFORDERUNGEN

Im dritten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts verschärfen sich die seit Langem bestehenden Herausforderungen, insbesondere diejenigen, die im Rahmen der Strategie Europa 2020 behandelt werden: die Herausforderungen im Zusammenhang mit der Globalisierung, der Druck auf die Ressourcen und die Alterung der Bevölkerung sowie nun die Herausforderungen durch die COVID-19-Pandemie und den Krieg in der Ukraine, dessen Ende nicht absehbar ist.

Daher sind verstärkte Anstrengungen für die Resilienz und den Aufschwung erforderlich, und zwar durch die in der Strategie dargelegten Aktionslinien: mit einem intelligenten Wachstum („smart growth“), das nachhaltig und integrativ ist, wobei natürlich die verstärkte finanzielle Unterstützung im Rahmen von NextGenerationEU und dem neuen mehrjährigen Finanzrahmen für 2021-2027 zu beachten ist. Große Fortschritte wurden auch dank der Digitalisierung erzielt.

In Bezug auf die erste der genannten Herausforderungen – die Globalisierung – könnte man davon ausgehen, dass angesichts des Auftretens oder Wiederauftretens einiger Länder, wie etwa China und Indien, Protektionismus die Antwort wäre. Dies wäre jedoch für unsere Verbraucher und die Produktionssektoren, die eingeführte Waren verwenden, aufgrund der höheren Kosten von Nachteil; die Erfahrungen aus der Vergangenheit haben eindeutig gezeigt, dass die Öffnung der Volkswirtschaften insgesamt von Vorteil ist. Auf diese Weise haben Länder mit Entwicklungsrückstand ihr vorstehend erwähntes Wachstum erreicht, das sich auch für die Europäische Union als vorteilhaft erwiesen hat, da diese Länder nun mehr in der EU produzierte Waren in Branchen kaufen, in denen wir wettbewerbsfähig sind.

In diesem Zusammenhang hat sich die Union mit einer klaren Linie der Resilienz verpflichtet, gegenüber den Volkswirtschaften außerhalb der Union offen zu bleiben und den Binnenmarkt zu fördern. In Anknüpfung an frühere Dokumente und die bisherige Praxis enthält die Strategie Europa 2020 den Untertitel „Ein Binnenmarkt für das 21. Jahrhundert“. Neuere Dokumente, darunter die „Neue Industriestrategie“ (2020, aktualisiert 2021) und der „Jährliche Binnenmarktbericht“, enthalten ebenfalls Vorschläge für die Zukunft.

Die Besorgnis über den Druck auf die Ressourcen könnte wiederum zu einer Verlangsamung des Wachstums führen, da dies als einzige Möglichkeit angesehen wird, um die Umweltqualität zu erhalten. Die Erfahrung zeigt jedoch, dass zweckmäßige Umweltmaßnahmen auch aus wirtschaftlicher Sicht wünschenswert sind und die Kosten senken. Ein Beispiel von großer Bedeutung ist der Verkehr, wo ein Großteil der Umweltverschmutzung verursacht wird. Die EU setzt dabei auf die Schiene, die Nutzung erneuerbarer und umweltfreundlicher Energien und die Vermeidung von Staus. Dies ist ein sehr wichtiger Beitrag zur Verringerung der Umweltverschmutzung und der wirtschaftlichen Kosten.

Aus den jüngsten Daten geht hervor, dass der Europäischen Union durch die Alterung und den Rückgang der Bevölkerung große Sorgen bereitet werden: Europa wird den Prognosen zufolge die einzige große Region der Welt sein, die bis 2050 einen Bevölkerungsrückgang zu verzeichnen hat. Die Bevölkerung Amerikas und Asiens wird weiterhin leicht wachsen (während die Bevölkerung Chinas abnimmt, wird die Bevölkerungsanzahl Indiens auf 1,7 Milliarden anwachsen), und Afrika wird ein enormes Wachstum erfahren und eine Bevölkerungsanzahl von etwa 4 Milliarden erreichen.

Das Engagement für intelligentes Wachstum und die Förderung eines integrativen Wachstums mit größerem wirtschaftlichem und sozialem Zusammenhalt sind von entscheidender Bedeutung für die Bewältigung der Herausforderungen, die sich nicht nur aus der Wettbewerbsfähigkeit in einer globalen Welt, sondern auch aus dem Druck auf die Ressourcen und dem Bevölkerungsrückgang ergeben. Auch hier könnten Zweifel bestehen. Im Hinblick auf den sozialen Zusammenhalt könnte davon ausgegangen werden, dass ein weniger anspruchsvolles Sozialmodell (insbesondere mit niedrigen Löhnen) notwendig ist, um weltweit wettbewerbsfähig zu sein. Was den territorialen Zusammenhalt betrifft, könnte davon ausgegangen werden, dass es einen Kompromiss zwischen territorialem Gleichgewicht und Wettbewerbsfähigkeit gibt, wobei letztere durch ein besseres Gleichgewicht beeinträchtigt wird. Dieser Logik folgend und in Anbetracht der globalen Herausforderungen sollten die wertvollsten Ressourcen in den Gebieten konzentriert werden, die bereits am meisten begünstigt sind.

Die Erfahrungswerte sind jedoch sehr eindeutig, wobei Europa das beste Beispiel ist: Wir haben den größten Leistungsbilanzüberschuss der Welt, ein sehr anspruchsvolles Sozialmodell und hohe Löhne. Unter uns haben wir das klare Beispiel, dass die Länder mit den größten Überschüssen (Deutschland, die Niederlande und – außerhalb der Europäischen Union– die Schweiz) auch ein starkes territoriales Gleichgewicht ohne die wirtschaftlichen und ökologischen Kosten der Ballungsgebiete haben.

Die Resilienz muss daher in der Stärkung dieser Aktionslinien liegen, mit einer auf Wissen und Innovation basierenden Volkswirtschaft, einer effizienteren Nutzung der Ressourcen und einem starken sozialen und territorialen Zusammenhalt, was die Regionen fördert. Darüber hinaus tragen diese Aktionslinien durch verbesserte Lebensbedingungen, insbesondere eine bessere Zugänglichkeit, auch dazu bei, dass sich Familien für mehr Kinder entscheiden.

Manuel Porto

EUROPÄISCHE RESILIENZ

Gibt es spezifische Faktoren, die europäische Resilienz von anderen Formen der Standfestigkeit unterscheiden? Was ist es, dass die Europäischen Union auch in Zeiten der Krisen aufrechterhält? Die Welt jetzt ist nicht vergleichbar mit der unserer Gründungsväter, der Enthusiasmus für „Europa“ kennt Höhen und Tiefen, die Spannungen auf diesem Kontinent – gerade besonders mit dem Konflikt in der Ukraine – wachsen.

Aber wir beobachten, dass das Gebilde EU als Staatenverbund nach wie vor sehr lebendig und noch immer einmalig ist.

Wie kann die Europäische Union sich weiterentwickeln, was soll bleiben, was sich reformieren? Einige allgemeine Betrachtungen:

1. Die Balans zwischen europäischen und nationalen Entscheidungsfindung soll immer wieder auf dem Prüfstand gelegt werden. Was muss man in 2023 noch harmonisieren, was bleibt besser regional geregelt, wie ordnet man den digitalen Raum? Wie verbessert man sowohl die analoge wie auch die digitale Infrastruktur? Wie reagiert man auf die Alterung der Gesellschaft? Antworten hierzu sind nicht in Stein gemeißelt, sollten sich dem Stand der Technik anpassen und brauchen nicht immer Vertragsänderungen.
2. Wie europäisch wollen wir tatsächlich sein? Ist es Zeit die Außen-, Sicherheit- und Verteidigungspolitik mehr zu vertiefen? Einigen wir uns auf eine Migrations- und Einwanderungspolitik?
3. Wo ist unsere Antwort auf die aktuellen Herausforderungen der Wirtschaftspolitik in den USA und China? Wie organisieren wir die globalen Lieferketten? Wie autark müssen wir (wieder!) bei der Energieproduktion, bei der Lebensmittelerzeugung und bei Teilen der industriellen Produktion werden?

Fragen zu stellen bedeutet nicht, sie auch direkt zu beantworten. Wichtig sind sie aber vor allem in der Kommunikation, die Bürger, unsere Wähler sollen verstehen und nachvollziehen können, was im gefühlt fernen Brüssel passiert.

Konkreter ergibt sich meines Erachtens daraus Folgendes:

- Wirtschaft, Wettbewerbsfähigkeit, Bürokratieabbau.

Es ist dringend geboten, die teilweise verschlungenen Entscheidungswege zu vereinfachen und flexibilisieren. Der amerikanische IRA (Inflation Reduction Act) muss schnell eine europäische Antwort bekommen, die nicht darin bestehen kann, neue bürokratische Hürden und Regelungen für die Wirtschaft auf zu stellen. Der europäische Haushalt 2023 mit den Sonderhilfen ist gerade verabschiedet worden, nun muss es auch zu einer schnellen Genehmigung der Beihilfen kommen. Oberste Ziel soll dabei sein, unsere Industrie und produzierendes Gewerbe zu unterstützen und nicht zu vertreiben.

- Forschung und Innovation.

Unsere führende Rolle sollen wir nochmals stärken und dabei auch eine neue Akzeptanz für den technologischen Fortschritt wecken. Es gilt: Wissenschaftler und Ingenieure aus Drittländern an zu ziehen und eine Kultur der Erfindung und Entwicklung zu unterstützen, die vor allem für unsere Jugend einen wesentlichen Standortfaktor bilden kann.

Bald werden etwa 10 Mrd. Menschen auf dem gemeinsamen Planet Erde leben. Das stellt große nur durch neue Technologien zu lösenden Herausforderungen an Nahrung, Energiequellen und allgemeine Versorgung dar. Auch hier müssen wir offen für die technischen Fortschritte sein und deren Erforschung flexibel und zeitnah unterstützen.

- Außenwirtschaft

Die EU darf sich nicht vor dem internationalen Handel verschließen. Die im Parlament und Rat verabschiedete Handelsabkommen müssen ratifiziert und neue angepackt werden. Vor allem müssen wir mit den USA frisch wieder starten. Wir können da auf viele gute Ergebnisse aus den vorherigen Verhandlungen aufbauen. Lange Handelswege belasten das Klima, daher muss auch hier austariert werden: wie viel Transport ist nötig, wie verringert man Emissionen, wie optimiert man die Lieferwege. Eins ist sicher: Protektionismus wird hier nicht helfen, vielmehr leitet er zu Deindustrialisierung und hemmt das Wachstum. Wir brauchen eine neue Definition von globalem Wettbewerb mit einem sinnvollen Gleichgewicht zwischen den reicheren und ärmeren Staaten.

- Demographischer Wandel

In den nächsten Jahren werden die Fragen der Volksgesundheit, Pflege, Arbeitsplätze und Rente in der ganzen EU massiv an Bedeutung gewinnen. Auch hier: wo entscheidet und regelt man europäisch, wo national? Welche Antworten lassen sich auf die neuen ethischen Fragen in der Medizin finden? Wie werden die Staaten zusammenarbeiten?

In einem so kurzen Artikel ist es nur möglich, einige Schlagwörter an zu streifen ohne differenziert darauf ein zu gehen und sicher ohne den Anspruch auf Vollständigkeit!

Die Botschaft bleibt für die nächsten Jahren deutlich: Zuversicht und Optimismus in Angesicht der Krisenbewältigung, positive Einstellung den technischen Entwicklungen gegenüber, Verschlinkung und Flexibilität der Bürokratie, Ohne Hoffnung in die Zukunft ist Europa sicher nicht resilient!

Seit ihrem Entstehen kennzeichnet ein Zusammenspiel von Beharrlichkeit und bewunderungswürdige Kompromissfähigkeit die Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft, später der Union. Diese zwei sehr unterschiedlichen Eigenschaften wirken hier komplementär. Die Entscheidungsträger auf allen Ebenen bleiben beharrlich auf das Ziel gerichtet, auch wenn es noch in weiter Ferne liegt und auf dem Weg dahin sind sie bereit zu Kompromissen, um voran zu kommen. Beharrlich und kompromissbereit zu sein ist auch dringend nötig bei der immer wiederkehrenden Frage: Erweiterung und/oder Vertiefung?

Das Motto „hope for the best, prepare for the worse“ ist sicher typisch europäisch und bleibt gültig.

Godelieve Quisthoudt-Rowohl